Herner Sparkasse

Geschäftsbericht 2025

Die Herner Sparkasse im Überblick.

	2025	2024
→ Geschäftsvolumen	2.225,7 Mio. EUR	2.123,6 Mio. EUR
→ Bilanzsumme	2.104,3 Mio. EUR	2.010,2 Mio. EUR
→ Kundeneinlagen	1.736,4 Mio. EUR	1.642,1 Mio. EUR
→ Kreditvolumen	1.185,3 Mio. EUR	1.134,6 Mio. EUR
→ Kunden-Depotvolumen	190,4 Mio. EUR	185,1 Mio. EUR
→ Bilanzgewinn	4,7 Mio. EUR	27,7 Mio. EUR
→ Mitarbeiter	306	312
→ davon Auszubildende	20	18

Inhalt

Herner Sparkasse – Geschäftsbericht 2025

Lagebericht	5
Jahresabschluss	36
Bilanz	38
Gewinn- und Verlustrechnung	40
Anhang zur Bilanz	41
Bestätigungsvermerk	64
Die Geschäftsstellen der Sparkasse	70

Lagebericht.

1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist beim Amtsgericht Bochum unter der Nummer A 5098 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Herne, eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts. Satzungsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers sowie die angrenzenden Städte und Kreise. Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenverband SVWL und über dessen Sparkassen-Teilfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung"). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung").

Die Sparkasse bietet als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Privatkunden, Unternehmen und Kommunen Finanzdienstleistungen und -produkte an, soweit das Sparkassengesetz oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Der im Sparkassengesetz verankerte öffentliche Auftrag verpflichtet die Sparkasse, mit ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft – insbesondere des Mittelstands – und der öffentlichen Hand mit Bankdienstleistungen sicherzustellen.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2025 mit 306 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber dem Vorjahr auf einem leicht geringeren Niveau bewegt, von denen 177 vollzeitbeschäftigt, 109 teilzeitbeschäftigt sowie 20 in Ausbildung sind.

Die Gesamtzahl von sieben Geschäftsstellen hat sich bis zum 31. Dezember 2025 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2025

Volkswirtschaftliches Umfeld

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft blieben auch im Jahr 2025 herausfordernd. Geopolitische Konflikte, wirtschaftliche und politische Differenzen zwischen den USA, anderen westlichen Industrieländern und China, aber auch tiefgreifende strukturelle Anpassungsprozesse prägten die Weltwirtschaft und insbesondere die globalen Handelsbeziehungen. Dazu kamen die Zollerhöhungen der USA, die zunächst für erhebliche Unsicherheit und verschiedene Vorzieheffekte sorgten, seit dem Inkrafttreten der Zölle eine reale Belastung des Außenhandels darstellen und die Umleitung von Handelsströmen zur Folge haben.

Die weltweite Wirtschaftsleistung nahm im Jahr 2025 nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) – wie bereits im Vorjahr – um 3,3 % zu. Trotz der vielfältigen Belastungen erwies sich die globale Konjunktur damit als insgesamt robust, blieb jedoch weiterhin hinter der Dynamik der Vor-Corona-Jahre zurück. Unter den Industrieländern wuchsen die USA überdurchschnittlich (+2,1 %), während sich Europa weiterhin verhalten entwickelte (Eurozone: +1,4 %).

Der Welthandel legte 2025 um 4,1 % zu. Nach Schätzungen der Welthandelsorganisation (WTO) stieg der weltweite Warenaustausch um 2,4 % (Vorjahr: +2,8 %). Der Handel mit Dienstleistun-

gen wuchs mit 4,6 % weiterhin dynamischer als der Warenhandel, wenngleich sich die Expansion gegenüber 2024 (6,8 %) abschwächte. Die deutsche Wirtschaft, die stark auf den Export von Industriegütern ausgerichtet ist, konnte von dieser Entwicklung folglich nicht profitieren.

Die deutsche Industrie verliert seit einigen Jahren an Wettbewerbsfähigkeit, während andere Volkswirtschaften, insbesondere China – vor allem in den für Deutschland zentralen Industriezweigen Automobil, Chemie und Maschinenbau – zulegen. Dabei sehen sich die deutschen Unternehmen zunehmend mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert.

Dazu gehören einerseits die Verschlechterung heimischer Standortbedingungen, andererseits Entwicklungen im internationalen Kontext wie Zollerhöhungen, die wachsende Konkurrenzfähigkeit chinesischer Produkte und technologische Entwicklungen, in denen insbesondere die USA und China stärker aufgestellt sind (z. B. Künstliche Intelligenz, E-Mobilität).

Vor diesem Hintergrund stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland im Jahr 2025 nach zwei Rückgängen in Folge geringfügig an (+0,2 %). Positiv zum Wachstum beigetragen (0,8 %-Punkte bzw. 0,3 %-Punkte) haben die privaten und die staatlichen Konsumausgaben, die um 1,6 % bzw. 1,3 % zulegten. Die Exporte der deutschen Wirtschaft entwickelten sich im Jahr 2025 erneut rückläufig (-0,4 %). Da die Importe deutlich um 3,6 % zunahmen, reduzierte der Außenbeitrag das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 1,5 Prozentpunkte.

Die Bruttoanlageinvestitionen sanken leicht um 0,2 % (2024: -3,3 %) und wirkten sich damit kaum auf das BIP-Wachstum aus. Die Ausrüstungsinvestitionen waren das dritte Jahr in Folge rückläufig (-1,9 %). Dabei zeigen die Einzeldaten, dass die Ausrüstungsinvestitionen der nichtstaatlichen Sektoren zurückgingen (-5,8 %, nach -6,2 % im Vorjahr), während die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen um 33,1 % zulegten.

Auch der Rückgang der Bauinvestitionen setzte sich fort (-0,6 %), allerdings nicht mehr in dem Maße wie in den Vorjahren 2021 bis 2024. Die Bauinvestitionen reduzierten das BIP im Berichtsjahr um 0,1 Prozentpunkte.

Die schwierige Wirtschaftslage hinterließ im Berichtsjahr 2025 deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg das dritte Jahr in Folge und überschritt im Sommer zeitweise die Grenze von 3 Millionen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 6,0 % (2024) auf 6,3 % und erreichte damit den höchsten Stand seit 2015 (6,4 %). In Nordrhein-Westfalen lag die jahresdurchschnittliche Quote bei 7,8 % (Vorjahr: 7,5 %). Die Zahl der Erwerbstätigen blieb im Jahresdurchschnitt 2025 praktisch unverändert, ähnlich wie im Vorjahr (+0,1 %).

Die steigende Arbeitslosigkeit ist nach Einschätzung von Creditreform – neben den gestiegenen Lebenshaltungskosten – eine der Ursachen für die weitere Zunahme der Verbraucherinsolvenzen. Diese stiegen im Jahr 2025 um 6,5 % auf 76.300 Fälle, und damit auf den höchsten Wert seit dem Jahr 2021.

Bei den Unternehmensinsolvenzen setzte sich der Anstieg im Jahr 2025 fort (+8,3 %), verlor jedoch gegenüber 2024 (+22,5 %) an Dynamik. Mit rund 23.900 Fällen erreichte die Zahl den höchsten Stand seit 2014. Dabei verzeichneten alle Wirtschaftssektoren eine weitere, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr abgeschwächte Zunahme der Insolvenzen. Am stärksten fiel der Anstieg im Handel (+10,4 %) und im Verarbeitenden Gewerbe (+10,3 %) aus.

Das Insolvenzrisiko hat sich in den letzten vier Jahren deutlich erhöht: Die Insolvenzquote stieg von 47 (2021) auf 76 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Mit einer Quote von 99 blieb das Baugewerbe der mit Abstand am stärksten von Insolvenz bedrohte Wirtschaftsbereich.

Nach den hohen Preissteigerungen der Vorjahre hatte sich die Inflation bereits im Vorjahr deutlich abgeschwächt und verharrte im Berichtsjahr 2025 auf diesem Niveau (+2,2 %). Die Kerninflationsrate lag mit +2,8 % weiterhin über der Gesamtinflation, setzte jedoch ihren Abwärtstrend fort.

Vor dem Hintergrund des geringeren Preisauftriebs führten die um nominal 3,1 % gestiegenen verfügbaren Einkommen zu Realeinkommenszuwächsen der privaten Haushalte. Die Konsumausgaben nahmen mit nominal +4,2 % noch stärker zu. Entsprechend ging die Sparquote auf 10,3 % zurück und entsprach damit in etwa dem Durchschnittswert seit Ende der 1990er-Jahre.

Der Immobiliensektor entwickelte sich im Jahr 2025 weiterhin verhalten. In realer Rechnung sanken die Bauinvestitionen das fünfte Jahr in Folge: insgesamt um 0,6 %, im Wohnungsbau um 2,0 %. Im Vergleich zum Vorjahr verlangsamte sich der Rückgang damit jedoch.

Trotz der schwachen Bautätigkeit mehrten sich im vergangenen Jahr die Anzeichen für eine Belebung im Wohnungsbau. So stieg die Zahl der Baugenehmigungen erstmals seit 2021 wieder an. Mit 238.500 genehmigten Wohnungen lag sie um 10,8 % über dem Vorjahr. Allerdings relativiert sich der starke prozentuale Zuwachs vor dem Hintergrund des sehr niedrigen Ausgangsniveaus von 2024, das den geringsten Stand seit 2010 markiert hatte.

Ebenfalls positiv entwickelten sich die Zusagen für Wohnungsbaukredite und auch die Preise für Wohnimmobilien zogen weiter an. Der Häuserpreisindex stieg in den ersten drei Quartalen 2025 jeweils um rund 1 % gegenüber dem Vorquartal; im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal lagen die Preise um 3 % bis 3,5 % höher. Trotz der zwischenzeitlichen Korrektur bleibt das Preisniveau vergleichsweise hoch.

Die Geldpolitik in den großen Industrieländern unterschied sich im Jahr 2025 stärker als im Vorjahr. Allerdings setzten die meisten Notenbanken ihren Zinssenkungskurs im Grundsatz fort. Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) ließ den Leitzins bis September 2025 zunächst unverändert, bevor sie den Leitzins in drei Schritten von einer Bandbreite von 4,25 % - 4,50 % auf 3,50 % - 3,75 % absenkte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte ihren im Sommer 2024 begonnenen Zinssenkungskurs im ersten Halbjahr 2025 fort. Der Einlagensatz sank in vier Schritten von 3,0 % auf 2,0 % und der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 3,15 % auf 2,15 %. Nach der letzten Zinssenkung am 11. Juni 2025 blieben die Leitzinsen unverändert. Gleichzeitig trieb die EZB den Abbau ihres Anleiheportfolios voran, was der Lockerung der monetären Rahmenbedingungen tendenziell entgegenwirkte.

Die Entwicklung an den langfristigen Anleihemärkten verlief im Jahr 2025 nicht parallel zur Senkung der Leitzinsen. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen, die auch für das Kundengeschäft eine wichtige Bezugsgröße darstellt, lag zu Jahresbeginn 2025 bei 2,37 %. Im weiteren Jahresverlauf erhöhte sie sich unter Schwankungen und belief sich zum Jahresende auf 2,86 %.

Trotz des unsicheren weltwirtschaftlichen Umfelds war das Jahr 2025 erneut ein sehr gutes Börsenjahr. Alle großen Aktienindizes legten mit zweistelligen Raten zu. Der Nasdaq 100 stieg nach einem Plus von mehr als einem Viertel im Vorjahr erneut kräftig an (+20,5 %), während der Dow Jones mit +13 % erneut schwächer zulegte. Ebenfalls deutlich überdurchschnittlich zeigte sich der Deutsche Aktienindex (DAX). Trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland verzeichnete er ein Plus von rund 23 % im Jahresverlauf und erreichte neue Allzeithochs.

Der Konjunkturklimaindex, der als zusammengefasste Größe aus Geschäftslage und Geschäftserwartungen die Befragungen von rund 750 Unternehmen mit über 85.000 Beschäftigten durch die IHKs im Ruhrgebiet zugrunde legt, fiel um 1,7 auf 92,3 Punkte.

Im Jahr 2025 spiegelte sich dies auch in der wirtschaftlichen Lage der Akteure im Geschäftsgebiet der Herner Sparkasse deutlich wider. Die Unternehmen in Herne und Wanne-Eickel sahen sich unverändert mit herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konfrontiert. Insbesondere die anhaltend schwache Inlandsnachfrage, steigende Arbeitskosten sowie mit Blick auf den Export teilweise unkalkulierbare wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen belasteten die unternehmerische Entwicklung. Der Fachkräftemangel stellte weiterhin eines der größten strukturellen Risiken dar.

Dennoch blieben die Geschäftserwartungen insbesondere industrieller Kunden leicht optimistisch. Dies hatte nach Beobachtung der Herner Sparkasse eine größere Investitionsbereitschaft zur Folge, während bei den Beschäftigungsplänen dennoch eine gewisse Zurückhaltung erkennbar war.

Branchenumfeld

In einem weiterhin herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Umfeld zeigten sich die deutschen Kreditinstitute nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank im Jahr 2025 insgesamt stabil und solide kapitalisiert.

Die Kreditvergabe belebte sich im Berichtsjahr weiter, wenn auch auf niedrigem Niveau. Der Bestand der Kredite an inländische Nichtbanken stieg von Ende 2024 bis Ende 2025 um 3,7 % (Vorjahr: +1,4 %). Dabei nahmen insbesondere die Kredite an öffentliche Haushalte überdurchschnittlich zu. In geringerem Maße, aber auch überdurchschnittlich, legte der Bestand an Unternehmenskrediten zu, dieser lag zum Jahresende 2025 4,4 % über dem Vorjahreswert (2024: +1,0 %).

Das gesamte Neukreditvolumen für den privaten Wohnungsbau lag im Jahr 2025 rund 21 % über dem Volumen des Vorjahres (2024: +ca. 23 %). Dennoch lag es damit weiterhin unter den Werten in den Rekordjahren 2019 bis 2022.

Eine ähnliche Entwicklung verzeichneten auch die Sparkassen in Westfalen-Lippe. Das Kredit-Neugeschäft hat sich erneut klar verbessert, blieb jedoch deutlich hinter dem Volumen unmittelbar vor der EZB-Zinswende zurück. Im Neugeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen kam es zu einer Zunahme um 19,2 % (2024: +2,2 %), bei den Darlehenszusagen für den privaten Wohnungsbau um 20,9 % (2024: +25,1 %).

Der Bestand der Kundenkredite nahm um 2,6 % zu. Gestützt wurde das Wachstum der Kundenkreditbestände vom Kreditgeschäft mit Firmenkunden. Der Kreditbestand der Unternehmen und Selbstständigen stieg um 2,2 % an (Vorjahr: +1,6 %). Aber auch im Geschäft mit privaten Kunden (+1,8 %) und mit öffentlichen Haushalten (+27,2 %) führte die anziehende Nachfrage zu deutlichen Bestandszuwächsen.

Auf der Passivseite kam es bei den Kreditinstituten im Inland im Jahresverlauf 2025 zu einer Zunahme der Einlagen von Nichtbanken um 2,5 % (2024: +4,2 %). Dabei legten die Sichteinlagen wieder stärker zu (+6,3 % nach +3,5 % im Vorjahr). Die Termineinlagen dagegen gingen leicht zurück (-0,7 %) nach einer deutlichen Zunahme im Vorjahr (+8,6 %).

Die Spareinlagen setzten ihren Abwärtstrend im Berichtsjahr fort (-3,9 %, nach -8,9 % in 2024). Auch der Bestand an Sparbriefen ging im Berichtsjahr zurück (-1,2 %). Hier hatte sich nach zuvor hohen Steigerungsraten (2023: +311 %, 2024: +11 %) bereits zum Jahresende 2024 eine rückläufige Nachfrage abgezeichnet.

Auch das Einlagengeschäft der westfälisch-lippischen Sparkassen war im Jahr 2025 durch Mittelzuflüsse und zinsinduzierte Umschichtungen geprägt. Der Gesamtbestand der Kundeneinlagen legte um 1,6 % zu, getrieben insbesondere durch das Privatkundengeschäft. Dabei setzte sich der Rückgang der Spareinlagen weiter fort. Seit dem Beginn der EZB-Zinswende verzeichneten die westfälisch-lippischen Sparkassen einen Rückgang der Spareinlagen um mehr als 40 %.

Nach den hohen Mittelzuflüssen bei Eigenemissionen und Termineinlagen im Vorjahr (+41,7 % bzw. +11,4 %) verzeichneten die westfälisch-lippischen Sparkassen im Berichtsjahr 2025 Abflüsse bei diesen Anlageprodukten (-4,3 % bzw. -2,5 %). Bei täglich fälligen Geldern verzeichneten die westfälisch-lippischen Sparkassen starke Mittelzuflüsse (+5,8 %). In der Folge erhöhte sich der Anteil der täglich fälligen Einlagen an den gesamten Kundeneinlagen weiter und lag zum Jahresende 2025 bei 64 % (zum Vergleich 2015: 52,8 %; 2005: 27,2 %).

Das Umsatzwachstum im Kundenwertpapiergeschäft der westfälisch-lippischen Sparkassen hat sich im Jahr 2025 weiter fortgesetzt (+16,3 %) und erreichte den höchsten jemals erreichten Wert. Auch der Nettoabsatz an Kunden stieg kräftig.

Die Bundesbank konstatiert in ihrem Finanzstabilitätsbericht 2025 eine breit angelegte, im historischen Vergleich jedoch moderate Zunahme der Risiken im Kreditgeschäft. Insgesamt seien die erwarteten Verluste für die Mehrheit der Institute beherrschbar, wirken jedoch dämpfend auf die

Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft. Darüber hinaus sieht die Bundesbank die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute durch steigende Investitionskosten für die IT-Sicherheit und die Folgen der ab Juni 2024 erfolgten Leitzinssenkungen unter Druck.

Bei den Sparkassen in Westfalen-Lippe zeigte sich die zentrale Ertragsquelle „Zinsüberschuss" gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert. Beim Provisionsüberschuss konnte ebenfalls erneut eine Zunahme verzeichnet werden. Der Verwaltungsaufwand stieg wieder stärker, was insbesondere auf deutlich steigende Sachkosten zurückzuführen war. Die neugebildete Risikovorsorge im Kreditgeschäft der westfälisch-lippischen Sparkassen zeigte sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

2.2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2025

Zum 1. Januar 2025 trat der größte Teil des aktualisierten Basel-III-Regelwerks als EU-Bankenpaket in Kraft, das aus der Capital Requirements Regulation (CRR III) als unmittelbar geltende Verordnung und der in nationales Recht umzusetzenden Capital Requirements Directive (CRD VI) besteht. Kernziele sind eine verbesserte Eigenkapitalausstattung, der Abbau von Bürokratie, die Integration von ESG-Risiken (Umwelt, Soziales, Governance) sowie eine harmonisierte Aufsicht. Die Umsetzung der CRD VI in nationales Recht soll im Jahr 2026 mit dem Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) erfolgen. Insgesamt führen die Regelungen zu stärkeren Eigenkapitalanforderungen, da Risiken konservativer zu bewerten sind und infolgedessen mehr hartes Kernkapital vorzuhalten ist. Die Regeln für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken wurden überarbeitet und mit dem Ziel einer besseren Vergleichbarkeit der Banken und mehr Transparenz stärker standardisiert. Dabei profitieren kleinere, weniger komplexe Institute von vereinfachten Melde- und Offenlegungsverfahren. Gleichzeitig werden die Anforderungen an die Geschäftsorganisation, das Risikomanagement und die internen Kontrollen präzisiert. Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken müssen nunmehr systematisch in die Geschäftsstrategie und das Risikomanagement einbezogen werden. Ergänzend stärkt das Bankenpaket die Vorgaben zur Sanierung und Abwicklung von Banken, damit Institute im Krisenfall ohne Belastung von Steuerzahlern abgewickelt werden können.

Die im Mai 2024 veröffentlichte 8. MaRisk-Novelle, entfaltete im Jahr 2025 ihre volle Wirkung, da die erstmals formulierten Anforderungen an das Risikomanagement von Kreditspreadrisiken im Anlagebuch bis zum 31.12.2024 umzusetzen und somit im Geschäftsjahr 2025 anzuwenden waren.

Seit dem 17. Januar 2025 ist die EU-Verordnung „Digital Operational Resilience Act" (DORA) verbindlich für Banken und andere Finanzinstitute in der EU anzuwenden, mit spürbaren Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Praxis der Institute. Mit DORA wurde ein harmonisierter, einheitlicher Rechtsrahmen für die digitale Betriebs- und Cyber-Resilienz im Finanzsektor geschaffen. In diesem Zusammenhang mussten Banken ihre Governance, Risikoanalyse, Schutz-, Erkennungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen in Bezug auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) deutlich verbessern. Bestehende nationale IT-Richtlinien, wie z. B. die Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT), wurden durch die Vorgaben der DORA ersetzt.

Mit der EU-Richtlinie Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) wird die nicht-finanzielle Berichterstattung zu einer Nachhaltigkeitsberichterstattung weiterentwickelt. Die Umsetzungsfrist der Richtlinie (bis zum 6. Juli 2024) wurde durch Deutschland versäumt, was zur Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU geführt hat. Am 3. September 2025 hat die Bundesregierung einen neuen Entwurf des CSRD-Umsetzungsgesetzes beschlossen. Dieser Regierungsentwurf sieht weitestgehend eine vollständige Übernahme der bestehenden EU-Vorgaben in nationales Recht vor und enthält zudem Regelungen aus der sogenannten Omnibus-Initiative zur Änderung der CSRD. Dies betrifft insbesondere die künftige Einschränkung des Anwendungsbereichs der CSRD und die damit verbundene Verringerung des Kreises der zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichteten Unternehmen. Bis zum Inkrafttreten des CSRD-Umsetzungsgesetzes gilt weiterhin der bisherige Rechtsrahmen zur nichtfinanziellen Berichterstattung.

Des Weiteren wurden im Jahr 2025 für Banken wesentliche Neuerungen zur Geldwäschebekämpfung eingeführt, u. a. durch aktualisierte Auslegungs- und Anwendungshinweise (AuA) der BaFin zum Geldwäschegesetz, die ab dem 1. Februar 2025 anzuwenden waren. Der Fokus liegt auf strengeren risikobasierten Ansätzen, neuen Pflichten bei Krypto-Transaktionen, verstärkten Prüfungen der IT-Systeme und einer ab Oktober 2025 durchzuführenden Empfängerüberprüfung bei Überweisungen. Zum 1. Juli 2025 hat die neue europäische Anti-Geldwäsche-Behörde, Anti-Money Laundering Authority (AMLA), ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie soll künftig für eine effizientere und besser koordinierte Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sorgen.

2.3. Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Kennzahlen, die der internen Steuerung dienen und in die Berichterstattung einfließen, wurden als bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren definiert:

Kennzahlen
Cost-Income-Ratio[1]
Betriebsergebnis vor Bewertung[2]
Zinsergebnis[3]
Provisionsergebnis[4]
Wachstum Forderungen an Kunden[5]
Wachstum Verbindlichkeiten gegenüber Kunden[6]

[1] Cost-Income-Ratio = Verwaltungsaufwand in Relation zum Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

[2] Betriebsergebnis vor Bewertung = Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

[3] Zinsergebnis = Differenz der Zinserträge und Zinsaufwendungen in einem Geschäftsjahr in Prozent der Bilanzsumme gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

[4] Provisionsergebnis = Beinhaltet die Posten Provisionserträge sowie Provisionsaufwendungen und damit Provisionen und ähnliche Erträge aus Dienstleistungsgeschäften gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

[5] Wachstum Forderungen an Kunden = Monatliche Bilanzstatistik (Bundesbank HV11 Pos. 070)

[6] Wachstum Verbindlichkeiten gegenüber Kunden = Bilanzposition Passiva 2

2.4. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

2.4.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2025 um 94,1 Mio. EUR bzw. 4,7 % auf 2.104,3 Mio. EUR. Das geplante Wachstum von 1,2 % wurde deutlich übertroffen. Das aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten zzgl. Wertberichtigungen und Vorsorgereserven bestehende Geschäftsvolumen ist um 102,1 Mio. EUR oder 4,8 % auf 2.225,7 Mio. EUR gestiegen.

Die Gründe für die Zunahme der Bilanzsumme resultieren insbesondere aus zunehmenden Wertpapieranlagen wie auch aus einem Anstieg der Forderungen an Kunden.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für den Geschäftsverlauf sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2025	2024
Wachstum Forderungen an Kunden[1]	4,5 %	0,2 %
Wachstum Verbindlichkeiten gegenüber Kunden[1]	5,7 %	2,7 %

[1] bezogen auf die Bilanzbestände

2.4.2. Aktivgeschäft

2.4.2.1. Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute einschließlich Schuldscheine verminderten sich von 400,9 Mio. EUR auf 369,0 Mio. EUR. Dieser Rückgang liegt vor allem in bei der Bundesbank unterhaltenen Übernachtguthaben begründet.

2.4.2.2. Kundenkreditvolumen

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4 und 9) erhöhten sich von 1.134,6 Mio. EUR auf 1.185,3 Mio. EUR. Das vor allem durch Unternehmenskunden und Selbstständige getragene Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich schwerpunktmäßig

im langfristigen Bereich. Unsere Privatkunden hingegen zeigten insbesondere im kurz- und mittelfristigen Bereich ein geringeres Engagement bei der Inanspruchnahme von Kreditmitteln.

Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2025 auf 228,1 Mio. EUR und lagen damit sehr deutlich oberhalb des Vorjahreswertes. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus lagen mit 102,8 Mio. EUR um 51,0 Mio. EUR über dem Niveau des Vorjahres.

Das im Vorjahr prognostizierte moderate Wachstum der Kundenforderungen hatte sich im Berichtsjahr aufgrund der deutlichen Ausweitung der Kreditnachfrage von Geschäftskunden bei einer gleichzeitig moderaten Kreditnachfrage der Privatkunden insgesamt mit einer Ausweitung um 4,5 % oberhalb der Prognosen dargestellt.

2.4.2.3. Wertpapieranlagen

Zum Bilanzstichtag nahm der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 66,4 Mio. EUR auf 446,7 Mio. EUR zu. Die Zunahme hatte sich vor allem dadurch ergeben, dass vor dem Hintergrund des Marktumfeldes die zuvor überwiegend als kurzfristige Anlagen bei Kreditinstituten unterhaltenen Mittel planmäßig reduziert und zur Stärkung des Wertpapierbestandes eingesetzt wurden.

2.4.2.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2025 von 55,7 Mio. EUR entfiel zu gut 49 % auf die Beteiligung am SVWL. Im Vergleich zum Vorjahr veränderte sich das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen um +6,8 Mio. EUR. Die Veränderung ergab sich in Höhe von 0,4 Mio. EUR aus Zuschreibungen auf die Beteiligungen am DSGV ö. K. Sondervermögen Berlin. In Höhe von 0,5 Mio. EUR erfolgte eine nachträgliche Kaufpreiszahlung aufgrund des Erreichens festgelegter Ausschüttungsziele für den Erwerb von Anteilen an der Herner Gesellschaft für Wohnungsbau mbH. Weitere 6,0 Mio. Euro entfielen auf die Einzahlung einer Kapitalrücklage für die Immobiliengesellschaft Herne mbH & Co. KG.

Die Sparkasse hält 100 % der Kapitalanteile (3,7 TEUR) an der Versicherungsverwaltungsgesellschaft der Herner Sparkasse UG (haftungsbeschränkt) i. L. Die Gesellschaft wurde als Komplementärin zur Integration des „Versicherungsdienstes der Herner Sparkasse GmbH Finanz- und Versicherungsvermittlung“ in die Sparkasse gegründet. Nach erfolgreicher Eingliederung der operativen Aktivitäten befindet sich die Gesellschaft in Liquidation. Wesentliche Auswirkungen hieraus auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse bestehen nicht.

2.4.2.5. Sachanlagen

Die Sachanlagen erhöhten sich von 7,2 Mio. EUR auf 10,3 Mio. EUR. Planmäßige Erneuerungen bzw. Ersatzbeschaffungen, die Neuanschaffung von Hard- und Software sowie der Austausch bzw. die Umrüstung diverser SB-Module wie auch die Modernisierung bzw. der Umbau der Kundenhalle des Hauptstellengebäudes am Berliner Platz bildeten einen Schwerpunkt der Investitionen.

2.4.3. Passivgeschäft

2.4.3.1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden leicht abgebaut und verringerten sich von 88,6 Mio. EUR auf 85,5 Mio. EUR.

2.4.3.2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nahmen im Vergleich zum Vorjahr von 1.642,1 Mio. EUR auf 1.736,4 Mio. EUR zu. Die Zunahme des Mittelaufkommens von Kunden resultiert weitgehend aus der Entwicklung der täglich fälligen Gelder sowie der Eigenemissionen. Vor dem Hintergrund eines härteren kreditwirtschaftlichen Wettbewerbs um Einlagen, der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung, der vorherrschenden Unsicherheiten durch Androhung von Zöllen sowie verstärkten Investitionen in Wertpapiere verzeichneten die Sichteinlagen einen deutlichen Anstieg. Die Privatkunden erhöhten ihre bilanzi-

ellen Einlagenbestände um 59,2 Mio. EUR, während die Bestände der Unternehmen um 42,3 Mio. EUR zunahmen.

Entgegen des prognostizierten leichten Wachstums für das abgelaufene Geschäftsjahr 2025 nahmen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 94,3 Mio. EUR bzw. 5,7 % im Vergleich zum Vorjahr zu. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Geldmarktbereich hauptsächlich die Sichteinlagen und Tagesgelder angewachsen sind, zudem erfuhren auch die Sparkassenbriefe einen Zuwachs.

2.4.4. Dienstleistungsgeschäft

2.4.4.1. Zahlungsverkehr

Der Bestand an Girokonten ist nahezu konstant geblieben. Die Nettobestandsverringerung an vermittelten Kreditkarten belief sich gegenüber dem Vorjahr auf 140 Karten.

2.4.4.2. Vermittlung von Wertpapieren

Das Wertpapiergeschäft war im Jahre 2025 maßgeblich von einer schrittweisen geldpolitischen Lockerung der internationalen Zentralbanken, einer weiterhin erhöhten, jedoch rückläufigen Inflation sowie einer unterjährig spürbaren Volatilität an den Aktien- und Rentenmärkten geprägt. Zusätzlich wirkten fortbestehende geopolitische Spannungen sowie Diskussionen um die staatliche Haushaltsdisziplin in Europa und den USA auf die Kapitalmärkte ein. In der Folge setzten Kundinnen und Kunden der Herner Sparkasse in großer Zahl auf ein Investment in Wertpapiere.

Der Absatzschwerpunkt der Herner Sparkasse lag vor allem bei den festverzinslichen Wertpapieren. Die Wertpapierumsätze lagen unterhalb des Vorjahresniveaus und erreichten einen Wert von 249,2 Mio. EUR (-5,3 %).

2.4.4.3. Immobilienvermittlung

Die Nachfrage nach Immobilien konzentrierte sich auf den Erwerb von Bestandsimmobilien. Es wurden insgesamt 28 Objekte vermittelt, was einer Verringerung gegenüber dem Vorjahr um 26,3 % entspricht.

2.4.4.4. Vermittlung von Bausparverträgen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 184 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von insgesamt 19,3 Mio. EUR vermittelt, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 65,1 % entspricht. Der Sparkasse erwachsen aus diesen Vermittlungsgeschäften Provisionsansprüche erst mit Einlösung der Verträge.

2.4.5. Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienten ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht zu spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

2.5. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

2.5.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Sparkasse ist gekennzeichnet durch einen Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der Bilanzsumme in Höhe von 82,5 % (im Vorjahr: 81,7 %). Die Forderungen an Kunden erreichten im Berichtsjahr einen Anteil von 56,3 % an der Bilanzsumme (Vorjahr: 56,4 %). Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich keine bedeutsamen Veränderungen bei diesen Strukturanteilen.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Stille Lasten in Höhe von 5,6 Mio. EUR sind auf vermiedene Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens durch die Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips zurückzuführen.

Über die Verwendung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 27,7 Mio. EUR hatte der Träger am 1. Juli 2025 entschieden, dass 5,0 Mio. EUR an die Stadt Herne ausgeschüttet werden und der verbliebene Betrag in Höhe von 22,7 Mio. EUR in die Sicherheitsrücklage eingestellt wird.

Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2025 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 129,9 Mio. EUR (Vorjahr 130,2 Mio. EUR) aus.

Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB weist nach Zuführung von 6,5 Mio. EUR einen Bestand von 125,7 Mio. EUR aus. Hierin enthalten ist auch der Sonderposten nach § 340e HGB, der einen Anteil an Rücklagen i. H. v. 0,4 Mio. EUR ausweist. In weiteren Eigenkapitalbestandteilen nach § 340f HGB verfügt die Sparkasse über eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt" von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote nach Art. 92 CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken)) übertrifft am 31. Dezember 2025 mit 20,66 % (Vorjahr: 20,76 %) die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR (zuzüglich SREP-Zuschlag sowie kombinierte Kapitalpufferanforderung gemäß § 10i KWG).

Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31. Dezember 2025 betragen 1.243,2 Mio. EUR und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 256,8 Mio. EUR.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2025 12,64 % und liegt damit über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 %.

Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine solide Eigenmittelbasis. Auf Grundlage unserer Kapitalplanung (per 30. September 2025) bis zum Jahr 2030 ist eine gute Kapitalbasis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden.

2.5.2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) lag mit 183,6 % bis 211,1 % oberhalb des zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %. Die LCR lag zum 31. Dezember 2025 bei 193,0 %. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR) lag in einer Bandbreite von 126,4 % bis 130,4 %; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100 % eingehalten.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2025 nicht genutzt.

Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als günstig.

2.5.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2025 Mio. EUR	2024 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung %
Zinsüberschuss	46,6	49,4	-2,8	-5,7
Provisionsüberschuss	17,6	17,4	+0,2	1,1
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	1,6	2,2	-0,6	-27,3
Personalaufwand	-21,2	-20,1	+1,1	5,5
Anderer Verwaltungsaufwand	-11,5	-9,8	+1,7	17,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3,1	-2,4	+0,7	29,2
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	**30,0**	**36,8**	**-6,8**	**-18,5**
Ertrag/Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	-10,4	1,6	+12,0	750,0
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	-6,5	0,0	+6,5	0,0
Ergebnis vor Steuern	**13,2**	**38,4**	**-25,2**	**-65,6**
Steueraufwand /-erstattung	-8,4	-10,6	-2,2	-20,8
Jahresüberschuss	**4,7**	**27,7**	**-23,0**	**-83,0**

Zinsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge:	GuV-Posten Nr. 8
Sonstige betriebliche Aufwendungen:	GuV-Posten Nr. 12
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:	GuV-Posten Nr. 13 bis 16 und 18

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für die Ertragslage sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

	2025	2024
Cost-Income-Ratio	51,9 %	45,5 %
Betriebsergebnis vor Bewertung[1]	1,47 %	1,80 %
Zinsergebnis[1]	2,22 %	2,44 %
Provisionsergebnis[1]	0,83 %	0,86 %

[1] bezogen auf die durchschnittliche Bilanzsumme

Das Betriebsergebnis vor Bewertung auf Basis von Betriebsvergleichswerten beträgt 1,47 % der DBS und lag damit deutlich unterhalb des Vorjahreswertes (1,80 %) und entsprach damit dem im Vorjahreslagebericht prognostizierten Wert von 1,47 %.

Die als weiterer bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung definierte Größe Cost-Income-Ratio erhöhte sich im Berichtsjahr und bewegte sich mit 51,9 % oberhalb des

Vorjahresniveaus. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 52,79 % wurde damit unterschritten. Der Zinsüberschuss entwickelte sich im Berichtsjahr unterhalb der Erwartungen und verringerte sich um 5,7 % auf 46,5 Mio. EUR. Erwartet worden war von uns ein leicht rückläufiges Zinsergebnis in Höhe von 47,1 Mio. EUR.

Der Provisionsüberschuss nahm um 0,1 Mio. EUR auf 17,5 Mio. EUR zu und lag damit leicht unterhalb der Erwartungen. Erwartet worden war von uns ein Provisionsüberschuss von 17,8 Mio. EUR.

Des Weiteren bewegten sich die Personalaufwendungen tarifvertraglich bedingt oberhalb des Vorjahreswertes und stiegen im Berichtsjahr um 6,6 % auf 21,1 Mio. EUR.

Der Sachaufwand lag mit 12,2 Mio. EUR oberhalb des Vorjahresniveaus.

Aus dem Kreditgeschäft ergab sich ein negatives Bewertungsergebnis in Höhe von -3,8 Mio. EUR, das damit um 3,2 Mio. EUR unterhalb des Bewertungsergebnisses im Vorjahr von -0,6 Mio. EUR lag.

Das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen stellte sich mit einem Wert von -0,6 Mio. EUR leicht negativ dar (Vorjahr: 0,2 Mio. EUR). Darüber hinaus haben wir durch die Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens i. H. v. 5,6 Mio. EUR vermieden (vergleiche Angaben im Anhang).

Der Sonderposten nach § 340g HGB umfasst nach einem Bestandszuwachs um 5,5 % zum Jahresultimo einen Bestand von 125,7 Mio. EUR.

Die Entwicklung der bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren blieb im Berichtsjahr ganz überwiegend deutlich hinter den ursprünglichen Prognosen zurück.

Vor dem Hintergrund eines weiterhin intensiven Wettbewerbs, anhaltender geopolitischer und gesamtwirtschaftlicher Unsicherheiten sowie eines im Jahresverlauf veränderten Zinsumfeldes beurteilt die Sparkasse die Entwicklung der Ertragslage im Geschäftsjahr 2025 als zufriedenstellend.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2025 0,22 %.

2.6. Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der politischen und konjunkturellen Rahmenbedingungen, der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts sowie der Zinsentwicklung ist die Sparkasse mit der Geschäftsentwicklung im Jahr 2025 zufrieden.

Das Wachstum von Geschäftsvolumen und Bilanzsumme ist vornehmlich auf die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie der Kundenkreditinanspruchnahmen zurückzuführen.

Vor dem Hintergrund der zwar rückläufigen, aber insgesamt stabilen Entwicklung von Cost-Income-Ratio und Betriebsergebnis vor Bewertung im Vergleich zum Vorjahr bewertet die Sparkasse die Geschäftsentwicklung insgesamt als zufriedenstellend.

Der Zinsüberschuss konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht wie erwartet gesteigert werden. Auch die Entwicklung des Provisionsergebnisses lag unterhalb des erwarteten Prognosewertes.

Insgesamt stellen die Ergebnisse des Berichtsjahres – unter Berücksichtigung der kreditwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – die Sparkasse zufrieden.

Das im Vorjahr prognostizierte moderate Wachstum der Kundenforderungen hatte sich im Berichtsjahr aufgrund der deutlichen Ausweitung der Kreditnachfrage von Geschäftskunden bei einer gleichzeitig moderaten Kreditnachfrage der Privatkunden mit einer Ausweitung um 4,5 % deutlich oberhalb der Prognose dargestellt.

Die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 5,7 % lag über dem prognostizierten leichten Wachstum im Berichtsjahr. Dieser Einlagenzuwachs spiegelt vor allem die Ausweitung der Kundenbestände in den Sichteinlagen und täglich fälligen Geldern wider.

3. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gem. § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

4. Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit **(ökonomische Perspektive)** und einer Kapitalplanung **(normative Perspektive)** ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung. Dabei werden auch die Auswirkungen von ESG-Risiken berücksichtigt.

In der **Geschäftsstrategie** werden die Ziele der Sparkasse für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die **Risikostrategie** umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Ziel der **Risikoinventur** ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Dabei werden auch die Auswirkungen von ESG-Risiken auf die Risikokategorien untersucht. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen.

Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Perspektive als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko Spreadrisiko Aktienrisiko Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiko	Strategisches Beteiligungsrisiko
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf **quantitativen oder qualitativen Merkmalen** basieren.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit** in der **ökonomischen Perspektive** ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Die Sparkasse ermittelte zum 31. Dezember 2025 ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 434,7 Mio. EUR. Das daraus abgeleitete Gesamtlimit von 260 Mio. EUR wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Unterjährige Limitanpassungen ergaben sich zum 30.06.2025 vor dem Hintergrund der Berücksichtigung geänderter Parameter für die Quantifizierung der Marktpreisrisiken und hier insbesondere der Immobilienpreisrisiken. In diesem Zusammenhang wurde das Gesamtbanklimit um 20 Mio. EUR auf 260 Mio. EUR erhöht. Außerdem wurden Teilrisikolimite für Marktpreisrisiken erhöht und Teilrisikolimite für Adressenrisiken reduziert. Die bereitgestellten Limite reich-

ten sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des Gesamtrisikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden **Diversifikationseffekte** berücksichtigt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Adressenrisikos zwischen dem Kunden- und dem Eigengeschäft und innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen, Spreads und Aktien risikomindernde Diversifikationseffekte.

Das auf der Grundlage des Risikotragfähigkeitslimits eingerichtete Limitsystem stellt sich zum 31. Dezember 2025 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit Mio. EUR	Limitauslastung Mio. EUR	Limitauslastung %
Adressenrisiko	Kundengeschäft	28,0	19,2	68,7
	Eigengeschäft	17,0	9,7	57,0
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko	51,0	38,2	74,8
	Spreadrisiko	51,0	25,5	50,1
	Aktienrisiko	11,0	8,5	77,6
	Immobilienrisiko	63,0	49,7	78,9
Beteiligungsrisiko	strategisches Beteiligungsrisiko	9,0	6,9	76,9
Liquiditätsrisiko	Refinanzierungskostenrisiko	9,0	5,3	58,4
Operationelles Risiko		21,0	16,8	80,2
Risikotragfähigkeitslimit/Gesamtrisiko		**260,0**	**179,9**	**69,2**

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko in der Risikotragfähigkeitsberechnung nicht berücksichtigt werden kann, erfolgt die Betrachtung im Wesentlichen über die tägliche Liquiditätsdisposition, die LCR sowie eine vierteljährliche Ermittlung der Überlebensperiode und die Erstellung eines Refinanzierungsplans.

Die zuständigen Abteilungen steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit** in der **normativen Perspektive** ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter **Kapitalplanungsprozess** bis zum Jahr 2030. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, werden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von 5 Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Gleiches gilt im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden mindestens jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst **(Validierung).**

Die Sparkasse setzt zur **Steuerung** des Zinsänderungsrisikos derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen.

Die turnusmäßige **Berichterstattung** an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ergänzende Berichte zu den wesentlichen Risikoarten sowie die Berichterstattung zur Geschäftslage. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen **(Interne Kontrollverfahren)** zählen neben den eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der sog. **Besonderen Funktionen** (Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision).

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in **neuen Produkten oder auf neuen Märkten** (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung wesentlicher geplanter **Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen** auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität bestehen Definitionen und Regelungen.

4.2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

4.2.1. Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich des Ausfalls eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt.

Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht.

Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert.

Das Länderrisiko umfasst neben dem bonitätsinduzierten Länderrisiko auch das politische Risiko, z. B. durch einen Transferstopp. Das Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein sonstiger Schuldner sein, der seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Der Value-at-Risk wird in der ökonomischen Perspektive über eine Monte-Carlo-Simulation in der Anwendung Credit Portfolio View (CPV) ermittelt. Dabei wird die Wertentwicklung der einzelnen Geschäfte in einem jeweils spezifischen ökonomischen Umfeld simuliert. Zur Bewertung werden neben den Portfoliodaten der Sparkasse Risikoparameter (z. B. Ausfallzeitreihen, Korrelationen, Migrations- und Shiftmatrizen, Verwertungs-, Neubewertungs- und Einbringungsquoten) verwendet, die aus historischen Daten aller Sparkassen ermittelt wurden. Die Risikomessung von Kunden- und Eigengeschäft erfolgt integriert (Diversifikationseffekte).

4.2.1.1. Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung des Adressenrisikos im Kundengeschäft erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung des Kapitaldienstes auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, zur Vermeidung von Risikokonzentrationen. Einzelfälle, die diese Grenzen überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive mit der IT-Anwendung „GBS“
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: das Firmenkunden-/ Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte* 31.12.2025 *Mio. EUR*	31.12.2024 *Mio. EUR*
Firmenkundenkredite	805	757
Privatkundenkredite	260	254
Weiterleitungsdarlehen	70	69
darunter für den Wohnungsbau	48	51
Kommunalkredite und kommunalverbürgte Kredite	42	43
Gesamt	**1.177**	**1.123**

*nach Abzug von Einzelwertberichtigungen und Vorsorgereserven

Zum 31. Dezember 2025 wurden etwa 73 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 23 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen und 4 % an öffentliche Haushalte.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Schwerpunkte bilden mit 42,4 % die Ausleihungen an Kreditnehmer aus dem Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen. Darüber hinaus entfallen 12,3 % auf Kreditnehmer aus dem Bereich Kredit-

und Versicherungswesen sowie 6,7 % auf Kreditnehmer aus dem Bereich Beratung, Planung, Sicherheit. Hinsichtlich des hohen Anteils des Bereichs Grundstücks- und Wohnungswesen kann an dieser Stelle auf die vorsichtige Bewertungspraxis sowie auf die dort enthaltenen örtlichen Wohnungsbaugesellschaften mit guten Bonitäten hingewiesen werden.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 46 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5 Mio. EUR. 10 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen zwischen 2,5 Mio. EUR und 5 Mio. EUR. Weitere 14 % des Gesamtkreditvolumens liegen zwischen 0,5 Mio. EUR und 2,5 Mio. EUR und 30 % entfallen auf kleinere Engagements mit einem Volumen bis 0,5 Mio. EUR.

Die Adressenrisikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Zum 31. Dezember 2025 ergibt sich im Kundengeschäft folgende Ratingklassenstruktur:

Ratingklasse	Anzahl in %	Volumen in %
1 bis 9	88,0	91,7
10 bis 15	9,6	6,7
16 bis 18	2,4	1,6

Das Länderrisiko ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen betrug am 31. Dezember 2025 0,5 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG in Höhe von 1.546,3 Mio. EUR.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgenden Bereichen: Es besteht eine Branchenkonzentration im Hinblick auf die Branche Grundstücks- und Wohnungswesen sowie eine weitere Konzentration im Bereich der regionalen, grundpfandrechtlichen Sicherheiten. Eine risikoartenübergreifende Konzentration besteht im Adressen- und Marktpreisrisiko in Verbindung mit der Beteiligung an einer örtlichen Wohnungsbaugesellschaft, einer weiteren Immobilien-Projektgesellschaft sowie im Hinblick auf Investitionen in Immobilienfonds, bezogen auf die Land/Nutzungsart Deutschland/Wohnen. Vor dem Hintergrund der vorsichtigen Bewertung der Kreditsicherheiten und mit Blick auf vorhandene stille Reserven werden die hieraus resultierenden Risiken als beherrschbar eingestuft.

Insgesamt sind wir der Auffassung, dass unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert ist.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Für latente Risiken im Forderungsbestand wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangs-bestand 01.01.2025	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Sonst. Verände-rungen	Endbestand 31.12.2025
	TEUR	*TEUR*	*TEUR*	*TEUR*	*TEUR*	*TEUR*
Einzelwertberichtigungen	8.194	5.236	2.736	797	0	9.897
Rückstellungen	1.656	1.350	1.488	0	3	1.521
Pauschalwertberichtigungen	3.613	1.301	2	0	0	4.912
Pauschale Rückstellungen	300	296	0	0	0	596
Gesamt	**13.763**	**8.183**	**4.226**	**797**	**3**	**16.926**

Das Verfahren für die Bildung der Pauschalwertberichtigung ist im Anhang erläutert.

Die Entwicklung der Risikovorsorge in 2025 zeigt im Vergleich zum Vorjahr eine beträchtliche Steigerung der Einzelwertberichtigungen aufgrund weniger großer Einzelfälle. Die vergleichsweise hohen Zuführungen überstiegen die Auflösungen und Verbräuche spürbar. Auch die Pauschalwertberichtigungen wurden aufgestockt.

4.2.1.2. Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann.

Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs-, ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko.

Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen.

Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertänderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten. Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen
- Festlegung von Mindest-Ratings
- Anlagerichtlinien für die Spezialfonds
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View"
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive mit der IT-Anwendung „GBS".

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 638,9 Mio. EUR. Wesentliche Positionen sind dabei Schuldverschreibungen und Anleihen (321 Mio. EUR), Schuldscheine von Kreditinstituten (108 Mio. EUR), Wertpapierspezialfonds (191,8 Mio. EUR), sonstige Investmentfonds (18,1 Mio. EUR).

Dabei zeigt sich nachfolgende Ratingverteilung:

Externes Rating						
Moody's/ Standard & Poor's	Aaa bis Baa1/ AAA bis BBB+	Baa2 bis Baa3/ BBB bis BBB-	Ba1 bis Ba3/ BB+ bis BB-	B1 bis C/ B+ bis C	Ausfall	ungeratet
31.12.2025	73 %	4 %	0 %	0 %	0 %	22 %
31.12.2024	67 %	5 %	0 %	0 %	0 %	28 %

Die direkt durch die Sparkasse gehaltenen und die in den Spezialfonds befindlichen Wertpapiere verfügen nahezu ausnahmslos über ein Rating im Bereich des Investmentgrades von mindestens BBB-. Keine Ratings liegen bei Anteilen an Investmentfonds (Publikumsfonds) vor. Bei den nicht gerateten Publikumsfonds handelt es sich um Immobilienfonds (68 %), Rentenfonds (18 %) und Aktienfonds (14 %), wobei das Rentenfondsvolumen fast vollständig im Investmentgrade-Bereich investiert wurde.

Das Länderrisiko ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das Volumen in Form der betreffenden Wertpapiere betrug am 31. Dezember 2025 187,3 Mio. EUR. Rund 38 % der Auslandsanlagen entfallen auf Länder mit exzellenter Bonität. Bei den verbleibenden Positionen handelt es sich um Wertpapiere von Emittenten aus Ländern, die ein Rating im Investmentgrade-Bereich aufweisen.

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken, die zum Jahresende rund 251,3 Mio. EUR ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch das institutsbezogene Sicherungssystem sowie die Beteiligungen, von denen ein hoher Anteil auf Gesellschaften der Sparkassen-Finanzgruppe entfallen.

4.2.2. Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der unerwarteten negativen Veränderung von Risikofaktoren ergibt.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds. Die Bereiche Depot-A / Treasury und Risikomanagement haben die Aufgabe, den Vorstand bei der Umsetzung der Strategie zu unterstützen.

4.2.2.1. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve und der Tenor- bzw. Forwardkurve ergibt. Bestandteile des Zinsänderungsrisikos sind das Fristentransformations- und das Basisrisiko.

Das Fristentransformationsrisiko entsteht aus der Fristentransformation der Geschäfte und der Veränderung der Zinskurve. Bei der Veränderung kann es sich z. B. um eine parallele Verschiebung oder eine Drehung handeln, d. h. die Kurve wird flacher oder steiler. Die Veränderung kann sich auf die gesamte Kurve auswirken oder auf Teile davon.

Das Basisrisiko entsteht, wenn sich die Zinssätze an den identischen (oder annähernd gleichen) Stützstellen unterschiedlicher Zinskurven unterschiedlich entwickeln.

In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Perspektive können sich Veränderungen im Zinsüberschuss, im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie einer Bildung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Perspektive integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der von der SR entwickelten IT- Anwendungen „MPR“ und „GBS“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- ökonomische Sensitivitätsanalyse zu Marktzinsänderungen mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Steuerung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Der VaR wird mit einer Haltedauer von 90 Tagen mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätigende Neuanlagen, Verkäufe bzw. Absicherungen (u. a. durch Swapgeschäfte). Darüber hinaus wird die Kennzahl „Zinsbuchhebel“ betrachtet.
- Ermittlung der wertorientierten Perspektive (SOT EVE, Supervisory Outlier Test Economic Value of Equity) und ertragsorientierten Perspektive (SOT NII, Supervisory Outlier Test Net Interest Income)
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimite
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Anlagerichtlinien für die Spezialfonds

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken wurden auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps in bedeutendem Umfang eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang des Jahresabschlusses).

Die Sparkasse berechnet in der wertorientierten Perspektive die aufsichtlichen sechs IRRBB-Szenarien (Interest Rate Risk in the Banking Book). Die Barwertveränderungen zum 31. Dezember 2025 bewegen sich gemäß dem Bogen J 01.00 EUR zwischen -32,9 Mio. EUR bzw. -13,6 % des Kernkapitals (+200 Basispunkte) und +36,7 Mio. EUR bzw. 15,1 % des Kernkapitals (-200 Basispunkte).

In der ertragsorientierten Perspektive, in der der Nettozinsertrag aus den beiden Zinsschockszenarien von + bzw. -200 Basispunkten mit einem Basisszenario gleichbleibender Zinsen verglichen wird, ergeben sich zum 31. Dezember 2025 Auswirkungen in Höhe von -5,8 Mio. EUR bzw. -2,4 % des Kernkapitals (+200 Basispunkte) und -5,3 Mio. EUR bzw. -2,2 % des Kernkapitals (-200 Basispunkte).

Konzentrationen bestehen in folgenden Bereichen:

Es besteht ein hoher Anteil variabel verzinslicher Passiva in der Bilanz der Sparkasse. Das Depot-A der Sparkasse enthält überdies einen hohen Anteil an Rentenpapieren. Im Vergleich zur Benchmark bestehen relativ hohe Cashflow-Aktivüberhänge in den kurzen und mittleren Laufzeiten. In den langen Laufzeiten ist die Sparkasse verhältnismäßig weniger stark investiert. Die Struktur der Zinsbuch-Cashflows weist insgesamt auf ein eher moderates Risiko hin. Der Zinsbuchhebel liegt am unteren Ende der vorgegebenen Bandbreite.

Trotz des moderaten Zinsanstiegs im Jahr 2025 war ein Anstieg der Bar- und Marktwerte zinstragender Geschäfte, die in die Bewertung des Zinsbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. eingehen, auszumachen, welcher unter anderem auf eine Aktualisierung interner Parameter für die Steuerung des Zinsänderungsrisikos zurückzuführen ist. Weitere Zinsanstiege erhöhen prinzipiell das Risiko eines Verpflichtungsüberschusses und damit das Risiko zur Bildung einer Drohverlustrückstellung in künftigen Jahresabschlüssen, auch wenn derzeit ein nicht unerheblicher Puffer besteht. Das Risiko zur Bildung einer Drohverlustrückstellung in künftigen Jahresabschlüssen hat sich vermindert.

4.2.2.2. Spreadrisiko

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads (Marktkreditspread, Marktliquiditätsspread) bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz zwischen einer risikobehafteten zu einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis von Spreadklassen und verschiedener Szenarien für Spreadveränderungen mittels der IT-Anwendungen „MPR“ und „GBS“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- ökonomische Sensitivitätsanalysen zu Spreadveränderungen mittels der IT-Anwendungen „MPR“ und „RKR“
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimite
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Anlagerichtlinien für die Spezialfonds

Es bestehen Konzentrationen bei den Spreadklassen „Financials“ (ungedeckte Bankschuldverschreibungen von Landesbanken) sowie „Sovereigns BBB“ (Staatsanleihen mit einem Rating von BBB), welche im Risikomanagementprozess angemessen berücksichtigt werden.

4.2.2.3. Aktienrisiko

Das Aktienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

In der normativen Perspektive umfasst das Aktienrisiko darüber hinaus das Risiko, dass Dividendenerträge nicht in der erwarteten Höhe erzielt werden können.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Szenarien mittels der IT-Anwendungen „SCD“ in Verbindung mit „GBS“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Gamma-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „MPR“
- ökonomische Sensitivitätsanalyse zu Aktienkursveränderungen mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimite
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Anlagerichtlinien für die Spezialfonds

Aktienfonds werden in einem überschaubaren Umfang zurzeit ausschließlich in den Spezialfonds gehalten. Bei den Aktienfonds handelt es sich um sogenannte Indexfonds, die einen Hauptindex abbilden und somit hinreichend diversifiziert sind. Die Steuerung der Spezialfonds erfolgt über dezidierte Anlagerichtlinien.

4.2.2.4. Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen (Renditeobjekte, Rettungserwerb) als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligungen in Immobiliengesellschaften).

In der normativen Perspektive umfasst das Immobilienrisiko darüber hinaus das Mietertragsrisiko aus eigenen, fremdgenutzten Immobilien.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Szenarien mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „MPR“ und „GBS“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Normal-Ansatz) mittels der IT-Anwendung „Caballito“
- ökonomische Sensitivitätsanalyse zu Immobilienpreisveränderungen mittels der IT-Anwendung „Caballito“

- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimite
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Anlagerichtlinien für die Spezialfonds

Neben der Investition in Höhe von rd. 100 Mio. EUR in Immobilienfonds mit den Schwerpunkten auf der Region/ Nutzungsart „Euroland Mitte/Büro“ sowie „Euroland Mitte/ Wohnen“ hält die Sparkasse Anteile an einer örtlichen Wohnungsbaugesellschaft und hat im Jahr 2023 in Kooperation mit einer weiteren Sparkasse eine Immobiliengesellschaft zwecks Realisierung eines Neubauvorhabens im Satzungsgebiet gegründet.

4.2.2.5. Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine unerwartete negative Wertänderung einer Beteiligung.

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung des Beteiligungsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe für die Verbundbeteiligungen
- In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung auf Basis einer Szenarioanalyse berücksichtigt.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis einer Szenarioanalyse
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimite
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen
- Regelmäßige qualitative Beurteilung der Unternehmensentwicklung, der strategischen Ausrichtung sowie der Marktstellung des jeweiligen Beteiligungsunternehmens

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente zum 31. Dezember 2025:

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert (TEUR)
Strategische Beteiligungen	28.434
Funktionsbeteiligungen	6
Kapitalbeteiligungen	27.281

Das Beteiligungsportfolio besteht aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe (Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe), einer Kapitalbeteiligung an einer örtlichen Wohnungsbaugesellschaft, welche unter Renditegesichtspunkten und zur Diversifizierung des Portfolios eingegangen wurde, sowie einer Kapitalbeteiligung an einer Immobiliengesellschaft, die zwecks Realisierung eines Neubauvorhabens im Satzungsgebiet in Kooperation mit einer weiteren Sparkasse eingegangen wurde. Unter den Funktionsbeteiligungen werden lediglich betraglich unbedeutende Kleinstbeteiligungen aufgeführt.

Die bisher dort genannte Tochtergesellschaft der Sparkasse für den Vertrieb von Versicherungsprodukten wurde in die Sparkasse reintegriert. Hinsichtlich der Messung und Steuerung der Risiken aus Beteiligungen an Immobiliengesellschaften wird auf die Ausführungen zum Immobilienrisiko verwiesen.

Konzentrationen bestehen im Beteiligungsportfolio in folgenden Bereichen:
Die strategische Beteiligung am SVWL stellt eine nicht vermeidbare Konzentration dar. Dieses Risiko ist immanent durch die Struktur der Sparkassenorganisation gegeben und für das Geschäftsmodell der Sparkasse zwingend erforderlich. Insofern wird die Risikokonzentration einerseits durch die Sparkasse grundsätzlich in Kauf genommen und andererseits durch die Gremien der Sparkassenorganisation überwacht und gesteuert. Die aus dem Anteil am Stammkapital des SVWL abgeleiteten Anteile an den einzelnen mittelbaren Beteiligungen innerhalb der Sparkassenorganisation stellen von ihrer Größenordnung her keine unangemessenen Risikokonzentrationen dar.

Die Kapitalbeteiligungen umfassen die Anteile an der örtlichen Wohnungsbaugesellschaft und die Beteiligung an einer Immobiliengesellschaft, die zum Zwecke der Realisierung eines Neubauvorhabens gegründet wurde, wobei die zu erstellenden Objekte einer wohnwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden. Der Beteiligungwert der Beteiligung an der Immobiliengesellschaft wird durch die andauernde Bauphase noch ansteigen. Da beide Kapitalbeteiligungen das Grundstücks- und Wohnungswesen betreffen und regional auf den Standort Herne beschränkt sind, ist das Entstehen einer normativen Risikokonzentration wahrscheinlich. Die Auswirkungen negativer Wertveränderungen von Immobilien werden im Risikomanagementprozess angemessen berücksichtigt.

4.2.3. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads (in der normativen Perspektive) sowie auf der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive basiert auf dem Liquiditätsbarwert.

In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung des Refinanzierungskostenrisikos in Form höherer Zinsaufwendungen abgebildet. Aufgrund des Einflusses von Bilanzbeständen und der Zinsentwicklung wird das Refinanzierungskostenrisiko zusammen mit dem Zinsänderungsrisiko betrachtet.

Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung, Überwachung und Prognose der LCR
- Regelmäßige Ermittlung, Überwachung und Beurteilung der Entwicklung der strukturellen Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „SVP-Rechner“
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes (Delta-Normal-Ansatz) mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „RKR“
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimite
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtrefinanzierung

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird.

Die Survival Period der Sparkasse beträgt zum 31. Dezember 2025 40 Monate.

Eine Konzentration besteht im Hinblick auf den hohen Bestand an täglich fälligen Kundeneinlagen als Hauptrefinanzierungsquelle. Die Entwicklung

der Kundeneinlagen wird laufend beobachtet. Umschichtungen aus täglich fälligen Einlagen in festverzinsliche Einlagen fanden nur im moderaten Umfang statt. Zur Sicherung einer marktkonformen Bepreisung werden regelmäßige Wettbewerbsvergleiche durchgeführt, die als Basis für eine angemessene Konditionengestaltung dienen.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

4.2.4. Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung „OpRisk-Szenarien"
- systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Die Abbildung im Plan- und adversen Szenario erfolgt bezogen auf Eigenmittelanforderungen über die Veränderung der Inputfaktoren für den neuen Standardansatz für operationelle Risiken sowie im adversen Szenario über höhere Verluste aus schlagend werdenden operationellen Risiken
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren". Hierbei stellt die SR Risikoparameter bereit, die aus eingetretenen Schäden von Sparkassen abgeleitet wurden.
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimite
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT
- Organisationsrichtlinien, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen
- Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen

Konzentrationen bestehen bei den operationellen Risiken in folgenden Bereichen:
Aufgrund der ausschließlichen Nutzung von IT-Anwendungen des Sparkassenverbunds bzw. der S-Rating und Risikosysteme GmbH bestehen hohe Abhängigkeiten im Falle eines Ausfalls der IT. Bei den in der Schadensfalldatenbank erfassten Schadensfällen zeigt sich eine Konzentration in den Schadenskategorien Mitarbeiter/Bearbeitungsfehler, Externe Einflüsse/Kriminelle Handlungen und Externe Einflüsse/Gesetze, Rechtsprechung. Die Risiken hieraus werden durch regelmäßige Sensibilisierungen der Mitarbeiter und Kunden begrenzt. Schäden aus nachträglich geänderter Rechtsprechung lassen sich nur schwer begrenzen und sind originärer Bestandteil der operationellen Risiken einer Sparkasse.

4.3. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Mit den eingerichteten Risikosteuerungs- und -controllingprozessen können die wesentlichen Risiken frühzeitig identifiziert und gesteuert sowie relevante Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2025 bewegten sich die Risiken innerhalb der vom Vorstand vorgegebenen Limite und Vorgaben. Limitanpassungen ergaben sich zum 30.06.2025 vor dem Hintergrund der Berücksichtigung geänderter Parameter für die Quantifizierung der Marktpreisrisiken und hier insbesondere der Immobilienpreisrisiken. In diesem Zusammenhang wurde das Gesamtbanklimit um 20 Mio. EUR auf 260 Mio. EUR erhöht. Außerdem wurden Teilrisikolimite für Marktpreisrisiken und hier für das Zinsänderungs-, das Spread- und das Immobilienpreisrisiko erhöht und die Teilrisikolimite für Adressenrisiken aus Kunden- und Eigengeschäften reduziert, letztere unter anderem aufgrund der Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen dem Kunden-

und Eigengeschäft. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 69,2 % ausgelastet.

Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen.

5. Chancen- und Prognosebericht

5.1. Chancenbericht

Unser „Chancenmanagement“ ist in den jährlichen Strategieüberprüfungsprozess integriert. Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

Positive Impulse für unser Wachstum und die Ergebnisbeiträge erwarten wir dabei auch durch den weiteren Ausbau des beratungsintensiven Geschäfts verbunden mit einer fortgesetzten Konzentration und Stärkung der Beratungskapazitäten. Chancen wollen wir nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik die digitalen Vertriebskanäle weiter ausbauen. Zudem arbeiten wir laufend daran, unsere Prozesse zu optimieren.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

5.2. Prognosebericht

5.2.1. Rahmenbedingungen

Ausblick 2026

Der inzwischen seit vier Jahren andauernde Krieg in der Ukraine sowie anhaltende Unsicherheiten über die Handelspolitik der USA prägen den gesamtwirtschaftlichen Ausblick weiterhin. Die militärische Eskalation im Iran birgt zusätzliche Risiken. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft – insbesondere über Ölpreise, Handelsrouten wie die Straße von Hormus und globale Wertschöpfungsketten – hängen dabei stark vom weiteren Verlauf und Ausmaß des Konflikts ab. In die Prognosen, auf denen die folgenden Aussagen beruhen, sind die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten noch nicht eingeflossen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ging vor Beginn des Iran-Konflikts von einem ähnlichen Wachstum der Weltwirtschaft wie im Vorjahr aus (+3,3 %). Für 2027 erwartet der IWF eine Zunahme der Weltproduktion von 3,2 %. Der Welthandel dürfte sich nach Einschätzung des IWF im laufenden Jahr abschwächen (+2,6 % nach +4,1 % im Jahr 2025). Ein Belastungsfaktor ist der dämpfende Effekt höherer Zölle, der sich 2026 erstmals über ein volles Jahr hinweg auswirken dürfte.

Für Deutschland fällt der Ausblick verhalten aus. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten keinen nachhaltigen, sich selbst tragenden Aufschwung. Ihre Prognosen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2026 bewegen sich in einer Bandbreite von +0,8 % bis +1,5 %, wobei rund 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte des Wachstums auf einen positiven Kalendereffekt zurückzuführen sind. Für das Jahr 2027 erwarten die Wirtschafts-

forscher im Jahresverlauf eine ähnliche Entwicklung, im Jahresdurchschnitt jedoch – aufgrund des positiven statistischen Überhangs – ein leicht höheres Wachstum zwischen 1,0 % und 1,6 %.

Die deutsche Wirtschaft steht vor wachsenden internationalen Herausforderungen. Dazu zählen die zunehmende internationale Konkurrenz in Schlüsselbranchen, geopolitische Konflikte sowie protektionistische Tendenzen. Ein wichtiger Unsicherheitsfaktor bleibt die künftige Handelspolitik der USA als zweitgrößtem deutschen Handelspartner. Hinzu kommen aktuell steigende Energiepreise, erhöhte Transportkosten sowie mögliche Unterbrechungen von Lieferketten. Diese Faktoren würden die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft besonders belasten, insbesondere wenn sie über einen längeren Zeitraum anhalten.

Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierten in ihren zum Jahreswechsel veröffentlichten Prognosen eine leichte Zunahme der Ausfuhren aus Deutschland (+0,6 % bis +1,4 %) sowie einen stärkeren Anstieg der Einfuhren (+1,6 % bis +2,7 %). Damit dürfte der Außenhandel das BIP-Wachstum erneut dämpfen; die Prognosen gehen hier von einem negativen Wachstumsbeitrag von rund 0,4 Prozentpunkten aus.

Positive Wachstumsimpulse werden im Jahr 2026 dagegen von der Fiskalpolitik erwartet, wenn Maßnahmen wie das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) sowie das Investitionssofortprogramm zunehmend Wirkung entfalten. Neben steigenden Verteidigungsausgaben wirken auch steuerliche Entlastungen und Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten expansiv. Nach Einschätzung des ifo-Instituts könnte der expansive Impuls der Fiskalpolitik das BIP im laufenden Jahr um 0,7 Prozentpunkte erhöhen.

Die Inflationsrate im Euroraum dürfte sich im Jahr 2026 – gemäß den Prognosen zum Jahreswechsel – voraussichtlich in der Nähe der Zielmarke von 2,0 % bewegen. Vor dem Hintergrund einer moderaten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum wäre daher eine weitgehend unveränderte Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu erwarten, die keine zusätzlichen Impulse für die wirtschaftliche Dynamik setzt.

Im Februar gab es mit einem Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindex auf 88,6 Punkte erste Signale für eine mögliche Belebung der deutschen Wirtschaft. Mit Ausnahme des Handels fiel die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage in allen Bereichen besser aus. Eine positivere Entwicklung in den kommenden Monaten erwarten vor allem Dienstleistungsunternehmen und Bauunternehmen, während sich die Erwartungen im Verarbeitenden Gewerbe eintrübten. Trotz dieser Verbesserung überwiegen in den ifo-Umfragen weiterhin die negativen Einschätzungen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen. Die einzige Ausnahme bildet der Dienstleistungsbereich, in dem die positive Bewertung der aktuellen Lage leicht überwiegt.

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe schwächte sich gegen Ende des Jahres 2025 ab; insbesondere Industrieunternehmen reduzierten ihre Produktion (-3,0 %). Angesichts der zuvor spürbaren Produktionsausweitungen und der insgesamt positiven Auftragsentwicklung spricht jedoch vieles für eine vorübergehende Abschwächung und nicht für eine grundlegende Trendwende.

So entwickelten sich die Auftragseingänge im Dezember 2025 deutlich positiv (+7,8 %). Auch im weniger volatilen Dreimonatsvergleich – und bereinigt um Großaufträge – lagen die Bestellungen im vierten Quartal 2025 um 2,5 % über dem Niveau der vorangegangenen drei Monate.

Die Aussichten für die Baukonjunktur haben sich verbessert. Alle großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten im Prognosezeitraum eine reale Zunahme der Bauinvestitionen. Die Prognosen zum Jahreswechsel reichen von +0,9 % bis +2,6 % im laufenden und von +1,8 % bis +3,4 % im kommenden Jahr.

Im Wohnungsbau sprechen gestiegene Auftragseingänge und Baugenehmigungen im vergangenen Jahr für eine mögliche Trendwende. Bis sich die steigende Zahl der Baugenehmigungen jedoch in der Bauproduktion niederschlägt, vergeht erfahrungsgemäß einige Zeit. Daher dürfte der Tiefstand bei den Wohnungsfertigstellungen vermutlich erst im Jahr 2026 erreicht werden.

Sowohl von den Ausrüstungs- wie auch den Bauinvestitionen erwarten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahr 2026 leicht positive Beiträge zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum (+0,1 bis +0,3 Prozentpunkte).

Den größten Wachstumsimpuls (+0,4 bis +0,6 Prozentpunkte) erwarten die meisten Institute allerdings von den Konsumausgaben des Staates, die gemäß den Prognosen zwischen 1,5 % und 2,4 % zulegen dürften.

Die privaten Konsumausgaben dürften im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsimpuls liefern, wenngleich der Zuwachs insgesamt moderat (<1,0 %) bleiben dürfte. Zwar wird ein leichter Anstieg des real verfügbaren Einkommens erwartet. Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit sowie der weiterhin unsicheren wirtschaftlichen und politischen Lage bleibt die Verbraucherstimmung jedoch gedämpft. Darauf weist die Entwicklung des GfK-Konsumklimas hin, welches zuletzt gesunken ist. Die Sparneigung der Haushalte stieg laut GfK auf den höchsten Stand seit 2008.

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich in den vergangenen Monaten eine allmähliche Stabilisierung ab. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in den ersten Monaten des Jahres zunächst eine Seitwärtsbewegung. Im weiteren Jahresverlauf könnte die Arbeitslosigkeit im Zuge einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivität wieder sinken und die Beschäftigung zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2026 dürfte die Arbeitslosenquote damit nur leicht auf rund 6,2 % zurückgehen (nach 6,3 % im Jahr 2025). Für das Jahr 2027 wird dann ein deutlicherer Rückgang der Arbeitslosenquote auf unter 6,0 % erwartet; auch die Zahl der Erwerbstätigen dürfte wieder stärker steigen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihren Prognosen davon aus, dass der Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland 2026 mit +1,8 % bis +2,2 % ähnlich ausfallen wird wie im Vorjahr und im Folgejahr mit +2,0 % bis +2,4 % etwas höher liegen dürfte. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität könnte tendenziell preiserhöhend wirken. Angesichts der Bedeutung der Energiepreise für die allgemeine Preisentwicklung hängt die Inflation allerdings in besonderem Maße vom weiteren Verlauf des aktuellen Nahostkonflikts ab.

Trotz eines Rückgangs um 8 % gegenüber dem Vormonat lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen zu Jahresbeginn 2026 weiterhin auf einem hohen Niveau. Darauf weist der IWH-Insolvenztrend hin, der 4 % über dem Wert des Vorjahresmonats und 54 % über dem durchschnittlichen Januarwert der Vor-Corona-Jahre 2016 bis 2019 lag. Die vom IWH erhobenen Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich das Insolvenzgeschehen in den kommenden Monaten auf hohem Niveau stabilisieren dürfte.

Auch zu Jahresbeginn 2026 bleiben alle Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Zu den bestehenden Risiken – insbesondere dem Krieg in der Ukraine und internationalen Handelskonflikten – sind weitere geopolitische Spannungen hinzugekommen. Darüber hinaus steht die deutsche Wirtschaft weiterhin vor strukturellen Herausforderungen. Wie sich die Entwicklungen im Nahen Osten auf die Weltwirtschaft, insbesondere auf den Ölpreis und internationale Transportwege, auswirken werden, dürfte sich erst in den kommenden Monaten zeigen. Entsprechend lassen sich auch die möglichen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft derzeit noch nicht abschließend abschätzen.

Die wirtschaftliche Lage im Geschäftsgebiet der Herner Sparkasse zeigt zu Beginn des Jahres 2026 ein differenziertes Bild. Laut Konjunkturumfrage der IHK Mittleres Ruhrgebiet hat sich die Geschäftslage vieler Unternehmen zuletzt eingetrübt, gleichzeitig bestehen erste Anzeichen einer leichten Stabilisierung, insbesondere in Industrie und Handel. Belastend wirken weiterhin eine schwache Inlandsnachfrage sowie hohe Arbeits-, Energie- und Rohstoffkosten. Trotz dieser Herausforderungen beobachtet die Sparkasse bei zahlreichen Unternehmen eine insgesamt stabile bis leicht steigende Investitionsbereitschaft. Die vorgenannten Ausführungen beziehen sich auf den Zeitraum bis zum Ausbruch des Konflikts zwischen den USA und dem Iran. Da die weiteren wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Konflikts auf die Weltwirtschaft derzeit noch nicht verlässlich prognostiziert werden können, lassen sich auch mögliche Folgen für die regionale Wirtschaft gegenwärtig noch nicht ableiten.

Die Deutsche Bundesbank erwartet, dass das Geschäftsumfeld der deutschen Kreditinstitute weiterhin herausfordernd bleibt. Sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren könnten zu erhöhten Risiken im Kreditgeschäft führen. Insbesondere eine anhaltende wirtschaftliche Schwächephase dürfte die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen erhöhen und damit die Ertragslage der Institute beeinträchtigen. Darüber hinaus sieht die Bundesbank die Kreditwirtschaft mit steigenden Kosten konfrontiert. Diese ergeben sich neben möglichen Belastungen aus Kreditrisiken, insbesondere aus zusätzlichen Investitionserfordernissen im Bereich der IT- und Cybersicherheit infolge der fortschreitenden Digitalisierung sowie der zunehmenden Bedrohungslage im Cyberraum.

Auch wenn zuletzt teilweise wieder eine höhere Kreditnachfrage zu beobachten ist, stehen dieser Entwicklung restriktivere Kreditvergaberichtlinien gegenüber. Diese sind vor allem auf eine gesunkene Risikotoleranz der Institute sowie auf gestiegene Kreditrisiken zurückzuführen.

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation kann es zu einem weiteren Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft kommen.

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

5.2.2. Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2025 rechnen wir mit einem moderaten Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft, vorrangig aus dem Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen.

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung sowie der volatilen geopolitischen Lage erwarten wir für das Jahr 2026 ein leichtes Wachstum der Kundeneinlagen.

Bei der durchschnittlichen Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen leichten Anstieg.

5.2.3. Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Für das Jahr 2026 sind planmäßige Erneuerungen und Ersatzbeschaffungen im Rahmen der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Investitionen in den Austausch bzw. die Umrüstung von Selbstbedienungstechnik wie auch die Neuanschaffung von Hard- und Software geplant. Hinzu kommen der Erwerb und die Sanierung der neuen Niederlassung Wanne.

5.2.4. Ertrags- und Vermögenslage

Für das Jahr 2026 wird überwiegend von einem weiterhin erhöhten, gegenüber den Vorjahren je-

doch stabilisierten Zinsniveau ausgegangen. Bei stabilen kurzfristigen Leitzinsen und tendenziell festeren langfristigen Kapitalmarktzinsen könnte sich die Zinsstrukturkurve moderat versteilen und damit grundsätzlich weiterhin unterstützend auf die Entwicklung des Zinsüberschusses wirken. Daher rechnen wir auf Basis von Betriebsvergleichszahlen für das Prognosejahr mit einem Zinsüberschuss i. H. v. 48,6 Mio. EUR (2,20 % der DBS), der damit in absoluten Zahlen leicht über Vorjahresniveau liegen wird.

Wir gehen davon aus, dass im nächsten Jahr ein Provisionsüberschuss in Höhe von 19,9 Mio. EUR erreicht wird, wofür gesteigerte Vertriebsaktivitäten im Rahmen der ganzheitlichen Kundenberatung in Verbindung mit höheren Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft verantwortlich sind.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden trotz intensiver Maßnahmen zur Begrenzung von Kosten nach unseren derzeitigen Prognosen im Jahr 2026 im Vergleich zum Berichtsjahr um 5,5 % steigen. Die grundsätzlich tendenziell steigenden Personalkosten wollen wir durch ein stringentes Personalmanagement in Grenzen halten. Mittels anhaltender Anstrengungen zur Reduzierung des Sachkostenaufwandes soll die Ausweitung der Kosten auch weiterhin begrenzt werden. Einsparungen sind hierbei durch die fortgesetzte IT-gestützte Bereinigung des Kunden- und Kontenbestandes zu erwarten. Belastend auf das Sachkostenbudget werden insbesondere erwartete Preisanpassungen externer Dienstleister, die tarifvertraglich feststehenden Entgelterhöhungen für 2026 sowie Dienstvereinbarungen zur jährlichen Mitarbeiterprämie und zu leistungsbezogenen Sonderzahlungen wirken.

Insgesamt ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2026 ein Betriebsergebnis vor Bewertung von 1,51 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von 2,2 Mrd. EUR. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist trotz einer verstärkt risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen und geopolitischen Lage rechnen wir im Jahr 2026 für die Sparkasse mit einem deutlich negativen Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft.

Für das Jahr 2026 ist die Prognose für das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft mit großen Unsicherheiten behaftet. Dies liegt insbesondere in den anhaltenden kriegerischen Ereignissen in der Ukraine sowie der Militärintervention im Iran und den damit verbundenen Auswirkungen für die Ölinfrastruktur und die Exportanlagen der arabischen Ölproduzenten und die damit zusammenhängenden Marktreaktionen am Ölmarkt und bei den Energiepreisen begründet. Hinzu kommen die eingetrübten Wachstumsaussichten und die mit der Volatilität im internationalen Zollgefüge zusammenhängenden Unsicherheiten.

In den Planungen für 2026 gehen wir von einem positiven Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft aus. Das sonstige Bewertungsergebnis ist von untergeordneter Bedeutung.

Bei der Cost-Income-Ratio erwarten wir für 2026 ein Verhältnis von Aufwand zu Ertrag von 51,27 % und damit einen gegenüber dem Berichtsjahr leicht verbesserten Wert.

Ohne Berücksichtigung der noch nicht planbaren weiteren Auswirkungen von Ukraine- und Irankrise und der aufgrund von Inflation und Wachstumsaussichten ungewissen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation ermöglicht die prognostizierte Entwicklung der Ertragslage im Jahre 2026 eine Stärkung der Eigenmittel.

Insbesondere bei einer konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Die regulatorischen Rahmenbedingungen für Kreditinstitute bleiben auch im Jahr 2026 anspruchsvoll. Insbesondere die Umsetzung der dritten Überarbeitung der europäischen Kapitaladäquanzverordnung für Banken (CRR III), weiter zunehmende Anforderungen in den Bereichen Risikomanagement, IT-Sicherheit und Geldwäscheprävention führen zu einer fortgesetzten Verdichtung der regulatorischen Anforderungen. Hieraus können

sich weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

5.3. Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2026 lässt insgesamt erwarten, dass die Entwicklung des Zinsumfelds weiterhin spürbar zur positiven Entwicklung der Ertragslage beitragen wird.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein. Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2026 beurteilen wir in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als zufriedenstellend.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtsrechtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise wie auch die Lage im Nahen Osten können die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hinsichtlich des Eintreffens der für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen ggf. über das bereits in unserem internen Reporting enthaltene Ausmaß hinaus negativ beeinflussen. Dies gilt ebenso für die Auswirkungen der von der US-amerikanischen Administration verfolgten Wirtschafts- und insbesondere Zollpolitik. Zusätzliche Unsicherheiten ergeben sich aus möglichen hieraus resultierenden Effekten auf die Zinsentwicklung sowie auf die Inflationsdynamik.

Bericht des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2025

Der Verwaltungsrat hat sich in fünf Sitzungen mit der geschäftlichen Lage, der Zahlungsbereitschaft sowie der Rentabilität und Zinspolitik der Sparkasse, grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik, mit Personalangelegenheiten und sonstigen wichtigen Geschäftsvorfällen befasst und damit die ihm übertragenen Aufgaben in vollem Umfang wahrgenommen. Über die Entwicklung des Budgets wurde der Verwaltungsrat vom Vorstand regelmäßig unterrichtet.

Von der Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Westfalen-Lippe erhielten Jahresabschluss und Lagebericht 2025 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Gemäß § 15 Abs. 2 lit. d) des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen stellt der Verwaltungsrat den Jahresabschluss fest und billigt den Lagebericht des Vorstandes.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete erfolgreiche Arbeit.

Herne, 9. Juni 2026

Herner Sparkasse

Frank Dudda

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Dr. Frank Dudda

Jahresabschluss.
Gemeinsam Erreichtes.

Jahresabschluss

zum	31. Dezember 2025
der	Herner Sparkasse
Sitz	Herne
eingetragen beim Amtsgericht	Bochum
Handelsregister-Nr.	A 5098

→ **Bilanz**

→ **Gewinn- und Verlustrechnung**

→ **Anhang**

Aktivseite

			EUR	EUR	EUR	31.12.2024 TEUR
1.	**Barreserve**					
	a) Kassenbestand			12.200.770,80		12.924
	b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			20.539.748,37		21.940
					32.740.519,17	34.864
2.	**Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind**					
	a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-,--		-
	b) Wechsel			-,--		-
					-,--	-
3.	**Forderungen an Kreditinstitute**					
	a) täglich fällig			208.993.055,83		239.739
	b) andere Forderungen			160.040.391,48		161.176
					369.033.447,31	400.916
4.	**Forderungen an Kunden**				1.177.018.124,79	1.123.984
	darunter:					
	durch Grundpfandrechte gesichert	487.860.713,43	EUR			(361.981)
	Kommunalkredite	41.679.773,69	EUR			(43.162)
5.	**Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**					
	a) Geldmarktpapiere					
	aa) von öffentlichen Emittenten			-,--		-
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,--	EUR			(-)
	ab) von anderen Emittenten			-,--		-
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,--	EUR			(-)
				-,--		-
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
	ba) von öffentlichen Emittenten			147.686.674,36		78.113
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	147.686.674,36	EUR			(78.113)
	bb) von anderen Emittenten			119.194.554,34		112.972
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	54.568.126,90	EUR			(44.274)
				266.881.228,70		191.084
	c) eigene Schuldverschreibungen			-,--		-
	Nennbetrag	-,--	EUR			(-)
					266.881.228,70	191.084
6.	**Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**				179.867.544,65	189.204
6a.	**Handelsbestand**				-,--	-
7.	**Beteiligungen**				55.716.813,98	48.857
8.	**Anteile an verbundenen Unternehmen**				3.710,57	26
9.	**Treuhandvermögen**				8.295.885,00	10.627
	darunter:					
	Treuhandkredite	8.295.885,00	EUR			(10.627)
10.	**Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch**				-,--	-
11.	**Immaterielle Anlagewerte**					
	a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-,--		-
	b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			9.670,00		16
	c) Geschäfts- oder Firmenwert			-,--		-
	d) geleistete Anzahlungen			-,--		-
					9.670,00	16
12.	**Sachanlagen**				10.294.732,00	7.168
13.	**Sonstige Vermögensgegenstände**				4.266.583,12	3.323
14.	**Rechnungsabgrenzungsposten**				141.021,17	110
Summe der Aktiva					**2.104.269.280,46**	**2.010.179**

Passivseite

					31.12.2024
		EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			7.885,18		487
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			77.195.986,96		77.469
				77.203.872,14	77.956
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		116.959.681,76			132.485
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		14.577.740,87			15.541
			131.537.422,63		148.025
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.499.915.675,84			1.411.703
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		104.905.375,02			82.327
			1.604.821.050,86		1.494.029
				1.736.358.473,49	1.642.055
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-,--		-
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			-,--		-
darunter:					
Geldmarktpapiere	-,-- EUR				(-)
				-,--	-
3a. Handelsbestand				-,--	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				8.295.885,00	10.627
darunter:					
Treuhandkredite	8.295.885,00 EUR				(10.627)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				1.577.618,67	1.429
6. Rechnungsabgrenzungsposten				169.124,54	143
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			16.799.760,00		17.102
b) Steuerrückstellungen			558.100,00		4.280
c) andere Rückstellungen			7.746.565,39		7.248
				25.104.425,39	28.631
8. (weggefallen)					
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				-,--	-
10. Genussrechtskapital				-,--	-
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				125.650.000,00	119.150
darunter:					
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	366.269,57 EUR				(366)
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			-,--		-
b) Kapitalrücklage			-,--		-
c) Gewinnrücklagen			125.188.870,04		102.483
ca) Sicherheitsrücklage		120.062.191,09			97.356
cb) andere Rücklagen		5.126.678,95			5.127
d) Bilanzgewinn			4.721.011,19		27.706
				129.909.881,23	130.189
Summe der Passiva				**2.104.269.280,46**	**2.010.179**
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,--		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			17.766.735,64		18.989
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,--		-
				17.766.735,64	18.989
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,--		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,--		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			69.602.040,10		29.365
				69.602.040,10	29.365

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

					01.01. - 31.12.2024
		EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		40.811.478,67			44.843
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	9.751,69 EUR				(8)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		6.314.898,80			4.916
			47.126.377,47		49.759
2. Zinsaufwendungen			8.703.002,46		7.799
darunter: abgesetzte positive Zinsen	267,61 EUR				(-)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	24.545,24 EUR				(18)
				38.423.375,01	41.960
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			6.215.609,49		5.857
b) Beteiligungen			1.415.396,67		1.041
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-,--		-
				7.631.006,16	6.898
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				580.331,17	583
5. Provisionserträge			19.130.782,66		18.256
6. Provisionsaufwendungen			1.570.610,08		839
				17.560.172,58	17.417
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-,--	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				1.610.712,00	2.184
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	59.047,00 EUR				(-)
9. (weggefallen)					
				65.805.596,92	69.042
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		16.565.382,86			15.751
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		4.596.422,01			4.304
darunter: für Altersversorgung	1.302.954,23 EUR				(1.314)
			21.161.804,87		20.054
b) andere Verwaltungsaufwendungen			11.467.087,30		9.784
				32.628.892,17	29.839
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				805.183,39	767
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				2.336.782,72	1.639
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	23.589,23 EUR				(155)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			10.798.466,66		360
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,--		-
				10.798.466,66	360
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-,--		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			415.255,25		1.912
				415.255,25	1.912
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-,--	-
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				6.500.000,00	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				**13.151.527,23**	**38.349**
20. Außerordentliche Erträge			-,--		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-,--		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-,--	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			8.392.796,63		10.473
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			37.719,41		170
				8.430.516,04	10.643
25. Jahresüberschuss				4.721.011,19	**27.706**
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				-,--	-
				4.721.011,19	**27.706**
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus der Sicherheitsrücklage			-,--		-
b) aus anderen Rücklagen			-,--		-
				-,--	-
				4.721.011,19	**27.706**
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die Sicherheitsrücklage			-,--		-
b) in andere Rücklagen			-,--		-
				-,--	-
29. Bilanzgewinn				**4.721.011,19**	**27.706**

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31.12.2025 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

1. Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (einschließlich Schuldscheine mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Eingetretenen bzw. am Abschlussstichtag vorhersehbaren Risiken aus Forderungen und Schuldscheinen wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Der Umfang der Risikovorsorge ist abhängig von der Fähigkeit der Kreditnehmer, vereinbarte Kapitalrückzahlungen und Zinsen zu leisten sowie dem Wert vorhandener Sicherheiten. Im Rahmen der dazu notwendigen Zukunftsbetrachtung haben wir das aktuelle gesamtwirtschaftliche Umfeld, die Situation einzelner Branchen sowie Einschätzungen zur Entwicklung ebenso wie staatliche Stabilisierungsmaßnahmen berücksichtigt. Sofern unter diesen Rahmenbedingungen und Annahmen keine nachhaltige Schuldendienstfähigkeit von Kreditnehmern zu erwarten ist, haben wir eine Einzelwertberichtigung gebildet. Die immanenten Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräume haben wir im Sinne der kaufmännischen Vorsicht berücksichtigt bzw. ausgeübt.

Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Ausfallrisiken im Kreditgeschäft haben wir für Forderungen an Kunden sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen Pauschalwertberichtigungen nach dem sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren des IDW RS BFA 7 gebildet. Dabei haben wir mit der in der internen Risikosteuerung eingesetzten Anwendung CreditPortfolioView für das vorgenannte Kreditportfolio den erwarteten Verlust für einen 12-Monatszeitraum ohne Anrechnung einer Bonitätsprämie berechnet. Grundlage dieser Berechnung waren insbesondere die mit unseren Ratingverfahren auf Grundlage der Vergangenheit ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kreditnehmer für einen 12-Monatszeitraum und die im Rahmen der Kreditprozesse bewerteten Sicherheiten. Adressen, die im Rahmen der internen Risikosteuerung im Hinblick auf einen Ausfall als risikolos betrachtet werden, wurden auch für die handelsbilanzielle Betrachtung ausgeschlossen. Die im Rahmen der Berechnung der Pauschalwertberichtigung verwendeten Parameter spiegeln nach unserer Einschätzung die Risikosituation zum Abschlussstichtag ausreichend wider.

Wir haben als Voraussetzung für die Anwendung der Bewertungsvereinfachung im Rahmen der Kreditvergabepraxis sichergestellt, dass die Konditionenvereinbarung bei Kreditausreichung unter Berücksichtigung einer risikoadäquaten Bonitätsprämie erfolgt, deren Höhe sich an dem erwarteten Verlust über die Restlaufzeit orientiert. Diese Ausgeglichenheitsannahme haben wir zum Bilanzstichtag über-

prüft. Dabei haben wir auch im Rahmen eines Stichtagsvergleichs die Entwicklung des mit CreditPortfolioView für die Restlaufzeit berechneten erwarteten Verlusts des Portfolios (sog. Lifetime Expected Loss) analysiert. Die Grundlagen der Berechnungen entsprechen im Wesentlichen der Ermittlung des erwarteten Verlusts für einen 12-Monatszeitraum. Danach kann die Ausgeglichenheit weiter angenommen werden.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigungen erfolgt als Risikovorsorge zu den Forderungen an Kunden (Aktivposten 4). Die für Eventualverbindlichkeiten sowie unwiderrufliche Kreditzusagen ermittelten Pauschalwertberichtigungen werden an den Unterstrichpositionen abgesetzt und als Risikovorsorge/pauschale Rückstellungen in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c) ausgewiesen. Für widerrufliche Kreditzusagen erfolgt allein der Ausweis als Risikovorsorge/pauschale Rückstellungen in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c).

Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

2. Wertpapiere

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) oder zum Anlagevermögen haben wir im Geschäftsjahr nicht geändert.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Wertpapiere, die dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (Anlagevermögen), wurden nur dann auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben, wenn von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auszugehen ist (gemildertes Niederstwertprinzip).

Von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung gehen wir bei Schuldverschreibungen aus, wenn sich zum Bilanzstichtag abzeichnet, dass vertragsgemäße Leistungen nicht oder nicht in dem zum Erwerbszeitpunkt erwarteten Umfang erbracht werden. Zur Beurteilung haben wir aktuelle Bonitätsbeurteilungen herangezogen. Unabhängig davon sind Wertminderungen von Schuldverschreibungen bis zum Rückzahlungswert stets dauerhaft, soweit sie auf die Verkürzung der Restlaufzeit zurückzuführen sind.

Soweit für die Wertpapiere ein aktiver Markt bestand, wurde der Marktpreis für die Bewertung herangezogen. Für die Abgrenzung, ob ein aktiver Markt vorliegt, haben wir die Kriterien zugrunde gelegt, die in § 2 Abs. 23 WpHG für die Abgrenzung eines liquiden von einem illiquiden Markt festgelegt wurden. Auf Basis dieser Abgrenzungskriterien liegen für die festverzinslichen Wertpapiere weit überwiegend nicht aktive Märkte vor.

In den Fällen, in denen wir nicht von einem aktiven Markt ausgehen konnten, haben wir die Bewertung anhand von Kursen des Kursinformationsanbieters London Stock Exchange Group vorgenommen, auf die unser bestandsführendes System SimCorp Dimension (SCD) zurückgreift. Dieser Kursermittlung liegt ein Discounted Cashflow-Modell unter Verwendung laufzeit- und risikoadäquater Zinssätze zugrunde.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir als beizulegenden Wert den Rücknahme- bzw. Börsenpreis angesetzt. Für einzelne Fonds (Spezialfonds) wurden für erwartete Wertminderungen der gehaltenen Immobilien die Rücknahmepreise um einen Bewertungsabschlag gekürzt.

3. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

In diesem Jahr erfolgte die Bewertung einer Beteiligung, abweichend zum Vorjahr, nicht mehr nach dem Ertragswertverfahren, sondern zum Net Asset Value gemäß IDW S10. Diese Bewertungsmethode ermöglicht einen besseren Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens. Bei Fortführung des Ertragswertverfahrens hätte sich ein Abschreibungsbedarf in Höhe von 9.785 TEUR ergeben.

4. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 250,00 EUR werden aus Vereinfachungsgründen sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 250,00 EUR bis 1.000,00 EUR wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Die Gebäude werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Soweit steuerrechtlich höhere degressive Abschreibungssätze zugelassen sind, werden diese angewandt.

Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

6. Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Hierzu haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. In Einzelfällen haben wir dabei auch auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Bei unbekannter Restlaufzeit haben wir den Abzinsungszeitraum anhand von Expertenschätzungen bestimmt.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden für Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Sonstigen betrieblichen Ergebnis und für alle übrigen Rückstellungen im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Dabei werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,00 % (Vorjahr 3,00 %) sowie Rentensteigerungen von 3,00 % (Vorjahr 3,00 %) unterstellt.

Der Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde ein vom Pensionsgutachter auf das Jahresende 2025 prognostizierter Durchschnittszinssatz von 2,06 %, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt. Die Ermittlung dieses durchschnittlichen Zinssatzes basiert auf einem Betrachtungszeitraum von zehn Jahren.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,00 % (Vorjahr 3,00 %) angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu 2 Jahre. Die Abzinsung erfolgt aus Vereinfachungsgründen mit dem Zinssatz für eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren von 2,19 %.

7. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Derivate, die weder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches bzw. in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB einbezogen wurden noch Bestandteil des Handelsbestands sind, halten wir nicht.

Die laufenden Zinszahlungen aus Zinsswapgeschäften sowie die entsprechenden Zinsabgrenzungen werden je Zinsswap saldiert ausgewiesen.

8. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Nach IDW RS BFA 3 n. F. sind die zinsbezogenen Instrumente des Bankbuchs (Zinsbuch) einer verlustfreien Bewertung zu unterziehen. Zu diesem Zweck werden derivative Finanzinstrumente, insbesondere Zins-Swaps, sowie die zinsbezogenen Vermögensgegenstände und Schulden des Bankbuchs einem Saldierungsbereich zugeordnet. Für diesen ist unter Berücksichtigung von voraussichtlich zur Bewirtschaftung des Bankbuchs erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten) zu prüfen, ob aus den noch zu erwartenden Zahlungsströmen bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands ein Verlust droht. Die Sparkasse wendet die barwertige Methode an. Der Barwert ergibt sich aus den zum Abschlussstichtag abgezinsten Zahlungsströmen des Bankbuchs. Betrags- und Laufzeitinkongruenzen sind mittels fiktiver Geschäfte zu schließen. Auf der Passivseite ist dabei der angenommene individuelle Refinanzierungsaufschlag der Sparkasse zu berücksichtigen. Die künftigen für die vollständige Abwicklung des Bankbuchs benötigten Verwaltungskosten wurden aus statistischen Daten abgeleitet. Der ermittelte Verwaltungskostensatz wurde auch für den Einbezug sogenannter Overheadkosten berücksichtigt. Weiterhin wurden Gebühren und Provisionserträge, die direkt aus den Zinsprodukten resultieren, im Rahmen der verlustfreien Ermittlung des Bankbuchs berücksichtigt.

Zum 31. Dezember 2025 ergibt sich kein Verpflichtungsüberschuss, sodass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

C. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

Bilanzposten	31.12.2025 *TEUR*	31.12.2024 *TEUR*
Forderungen an die eigene Girozentrale	39.140	38.886

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25.530	26.797
nachrangige Forderungen:	25.530	
darunter:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25.530	

Abweichend vom Vorjahr haben wir in die nachrangigen Forderungen auch die Positionen einbezogen, bei denen sich die Nachrangigkeit aus dem Gesellschafterverhältnis nach § 39 InsO ergibt. Hierfür wurden grundpfandrechtliche Sicherheiten bestellt, die in Höhe von 7.713 TEUR (2024: 0 TEUR) im Bilanzformblatt nicht als durch Grundpfandrechte gesichert vermerkt sind.

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	31.12.2025 TEUR
börsennotiert	233.868
nicht börsennotiert	33.013

Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden:

	31.12.2025 TEUR
Buchwert (ohne anteilige Zinsen)	154.338
Beizulegender Wert	148.734

Bei den wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapieren handelt es sich überwiegend um Financials und EU-Staatsanleihen, bei denen die niedrigeren beizulegenden Werte ausschließlich auf marktbedingte Wertminderungen zurückzuführen sind und die wir in Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Anleihen erworben haben.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel in Kapitel E. dargestellt.

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), die nachfolgend dargestellt sind:

Investmentfonds (in TEUR)	Buchwert	Marktwert	Differenz Marktwert zu Buchwert	Ausschüttungen in 2025	tägliche Rückgabe möglich	unterlassene Abschreibungen
A-DAIR-FONDS	141.392	145.122	3.730	4.306	Ja	---
Haranni-Fonds	50.364	52.458	2.094	1.515	Ja	---
HI-DIVA 2026	9.336	9.336	0	100	Ja	---

Die Anteile an Investmentvermögen sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Zweck der Anlage in Investmentfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikostreuung. Die Investmentfonds investieren überwiegend in europäische Renten bzw. inländische Immobilien.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind 8.776 TEUR börsennotiert und 9.336 TEUR nicht börsennotiert.

Aktiva 7 – Beteiligungen

Angaben zu Unternehmen im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB, soweit diese nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital *Mio. Euro*	Jahresergebnis *TEUR*
Sparkassenverband Westfalen-Lippe, Münster	1,41	1.244,5 (31.12.2024)	70,0 (31.12.2024)
DSGV ö. K. Sondervermögen Berlin	0,16	3.784,0 (31.12.2024)	240,0 (31.12.2024)
Herner Gesellschaft für Wohnungsbau mbH, Herne	15,59	36,2 (31.12.2024)	2.973 (31.12.2024)
Immobiliengesellschaft Herne mbH & Co. KG, Herne	49,00	20,9 (30.09.2025)	-133,5 (30.09.2025)

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel in Kapitel E. dargestellt.

Aktiva 8 – Verbundene Unternehmen

Der Posten Anteile an verbundenen Unternehmen entfällt vollständig auf die Versicherungsverwaltungsgesellschaft der Herner Sparkasse UG (haftungsbeschränkt) i. L. An dieser Gesellschaft hält die Sparkasse 100 % der Kapitalanteile (4 TEUR).

Die Gesellschaft wurde als Komplementärgesellschaft zum Zwecke der Integration des Versicherungsdienstes der Herner Sparkasse GmbH Finanz- und Versicherungsvermittlung, Herne in die Herner Sparkasse gegründet. Nach erfolgreicher Eingliederung befindet sich die Versicherungsverwaltungsgesellschaft der Herner Sparkasse UG (haftungsbeschränkt) in Liquidation.

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung des Tochterunternehmens für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wurde auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel in Kapitel E. dargestellt.

Aktiva 9 – Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe die Forderungen an Kunden.

Aktiva 11 – Immaterielle Anlagewerte

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel in Kapitel E. dargestellt.

Aktiva 12 – Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

Bilanzposten	31.12.2025 *TEUR*
Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	8.495
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.800

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel in Kapitel E. dargestellt.

Aktiva 13 – Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende nicht unwesentliche Einzelposten enthalten:

Bilanzposten	31.12.2025 *TEUR*
Gewinnausschüttung Versicherungsdienst der Herner Sparkasse Finanz- und Versicherungsvermittlung UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	580
Steuererstattungsansprüche	1.290
Provisionsansprüche an Verbundpartner	1.260

Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind mit 1 TEUR Agien (Vorjahr: 3 TEUR) aus Forderungen enthalten.

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände in Höhe von 77.186 TEUR (Vorjahr: 77.469 TEUR) als Sicherheit übertragen worden.

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2025 *TEUR*	31.12.2024 *TEUR*
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4	514
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.996	7.826

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 5 – Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten entfallen mit 800 TEUR auf Verbindlichkeiten für erhaltene Leistungen und mit 743 TEUR auf Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern.

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind mit 13 TEUR (Vorjahr: 22 TEUR) Disagien aus Forderungen enthalten.

Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und deren Ansatz nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren ist erstmals negativ und beträgt zum 31.12.2025 331 TEUR.

Eventualverbindlichkeiten

In diesem Posten werden übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst.

Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Risikovorsorge gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt.

Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

D. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung 5 – Provisionserträge

Von den Provisionserträgen entfallen 3.690 TEUR (Vorjahr: 3.654 TEUR) auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, insbesondere die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Bausparverträge, Immobilien, Investmentzertifikate und Konsumentenkredite).

Gewinn- und Verlustrechnung 6 – Provisionsaufwand

Der Posten beinhaltet Vermittlungsgebühren für Darlehen in Höhe von 753 TEUR.

Gewinn- und Verlustrechnung 8 – Sonstige betriebliche Erträge

In den Sonstigen betrieblichen Erträgen sind 1.197 TEUR periodenfremde Erträge enthalten, die zum überwiegenden Teil aus Erstattungszinsen aus Steuern vom Einkommen und Ertrag resultieren.

Gewinn- und Verlustrechnung 12 – Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen in Höhe von 365 TEUR für die Bildung einer Rückstellung für Rechtsrisiken sowie Nachzahlungszinsen aus Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 813 TEUR enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung 23 – Steuern vom Einkommen und Ertrag
In diesem Posten sind aperiodische Erträge in Höhe von 571 TEUR, die aus der Auflösung von Rückstellungen für Ertragssteuern resultieren, enthalten.

E. Sonstige Angaben

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbe-stimmter Laufzeit	im Jahr 2026 fällig
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	2.040	20.000	42.000	96.000	---	---
4. Forderungen an Kunden	30.647	95.345	357.985	662.595	30.446	---
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	---	---	---	---	---	42.414
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.284	4.162	20.137	51.613	---	---
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	669	13.362	297	249	---	---
b) andere Verbindlichkeiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.083	50.006	41.429	2.387	---	---

Anlagespiegel (in TEUR)

	Entwicklung des Finanzanlagevermögens		
	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	179.781	60.167	26
Zugänge	---	6.450	5
Abgänge	14.539	---	26
Umbuchungen	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	165.242	66.617	5
Entwicklung der kumulierten Abschreibungen			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	6.732	11.309	---
Abschreibungen im Geschäftsjahr	---	---	1
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	---	409	---
Änderung der gesamten Abschreibungen			
im Zusammenhang mit Zugängen	---	---	---
im Zusammenhang mit Abgängen	239	---	---
im Zusammenhang mit Umbuchungen	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	6.493	10.900	1
Buchwerte			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	173.049	48.858	26
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	158.749	55.717	4

	Entwicklung des Sachanlagevermögens	
	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten		
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	272	35.888
Zugänge	3	3.934
Abgänge	38	321
Umbuchungen	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	237	39.501
Entwicklung der kumulierten Abschreibungen		
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	257	28.722
Abschreibungen im Geschäftsjahr	9	796
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	---	---
Änderung der gesamten Abschreibungen		
im Zusammenhang mit Zugängen	---	---
im Zusammenhang mit Abgängen	38	310
im Zusammenhang mit Umbuchungen	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	228	29.208
Buchwerte		
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	15	7.166
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	9	10.293

Latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % (der sich bis zum Jahr 2032 schrittweise auf 10,55 % vermindert) und eines Gewerbesteuersatzes von 17,50 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

Positionen	Erläuterung der Differenz
Aktive latente Steuern	
Forderungen an Kunden	Unterschiedliche Bewertung der Pauschalwertberichtigung und der Einzelwertberichtigungen in der Steuer- und Handelsbilanz
Festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven gem. § 340f HGB / § 26a KWG a. F.
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven gem. § 340f HGB
Beteiligungen	Steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen
Rückstellungen	Unterschiedliche Parameter und steuerlich nicht berücksichtigte Rückstellungen
Passive latente Steuern	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(Kumulierte) negative Aktiengewinne aus Spezialfonds

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die steuerlich nicht oder in unterschiedlicher Höhe gebildeten Rückstellungen, die unterschiedliche Bewertung der Pauschal- und Einzelwertberichtigung in der Steuer- und Handelsbilanz, die Bildung von Vorsorgereserven sowie die steuerlich nicht berücksichtigten Abschreibungen zurückzuführen.

Derivative Finanzinstrumente

Die Sparkasse hat im Rahmen der Sicherung bzw. Steuerung von Zinsänderungsrisiken Zinsswaps als Deckungsgeschäfte abgeschlossen. Im Berichtszeitraum wurden keine Handelsbuchgeschäfte in derivativen Finanzinstrumenten getätigt.

Die am Bilanzstichtag bestehenden derivativen Finanzinstrumente ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente. Bei den Deckungsgeschäften handelt es sich um in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogene schwebende Geschäfte.

	beizulegende Zeitwerte *(in TEUR)*				
	Marktpreis		Preis nach Bewertungsmethode		Rückstellung (P7)
	negativ	positiv	negativ	positiv	
Zinsbezogene Geschäfte					
Zinsswap				7.865	
Summe				**7.865**	
davon: Deckungsgeschäfte				7.865	

	Nominalbeträge *(in TEUR)* nach Restlaufzeiten			
	bis 1 Jahr	1 – 5 Jahre	> 5 Jahre	Insgesamt
Zinsbezogene Geschäfte				
Zinsswap	---	100.000	75.000	175.000
Summe	**---**	**100.000**	**75.000**	**175.000**
davon: Deckungsgeschäfte	---	100.000	75.000	175.000

Bei den aufgeführten derivativen Finanzinstrumenten entspricht der beizulegende Zeitwert bei einem aktiven Markt dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, wurde der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmethoden ermittelt.

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen und somit nicht einzeln bewertet.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich ausschließlich um deutsche Kreditinstitute.

Nicht in der Bilanz enthaltene finanzielle Verpflichtungen

VBL-Zusatzversorgung

Sparkassen haben ihren Arbeitnehmern Leistungen der betrieblichen Altersversorgung nach Maßgabe des „Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Tarifvertrag-ATV)“ zugesagt. Um den anspruchsberechtigten Mitarbeitern die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung gemäß ATV-K zu verschaffen, ist die Sparkasse beteiligt bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).

Die VBL finanziert die Versorgungsverpflichtungen im Umlageverfahren. Hierbei wird im Rahmen eines Abschnittsdeckungsverfahrens mit einem zehnjährigen Deckungsabschnitt ein Umlagesatz bezogen auf die zusatzversorgungspflichtigen Entgelte der versicherten Beschäftigten ermittelt. Ein Sanierungsgeld zur Deckung der im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstandenen Versorgungsansprüche wird nicht mehr erhoben. Der Umlagesatz beträgt insgesamt 7,30 % der zusatzversorgungspflichtigen Gehälter (einschließlich insgesamt 1,81 % Eigenanteil der Pflichtversicherten an der Umlage). Der Umlagesatz einschließlich des Eigenanteils der Pflichtversicherten an der Umlage bleibt im Jahr 2026 unverändert.

Der Rechtsanspruch der versorgungsberechtigten Mitarbeiter zur Erfüllung des Leistungsanspruchs gemäß ATV-K richtet sich gegen die VBL, während die Verpflichtung der Sparkasse ausschließlich darin besteht, der VBL im Rahmen des mit ihr begründeten Beteiligungsverhältnisses die erforderlichen, satzungsmäßig geforderten Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung bei versorgungspflichtigen Entgelten von 17.749 TEUR betrugen im Geschäftsjahr 2025 955 TEUR.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard IDW RS HFA 30 n. F. vertretenen Rechtsauffassung begründet die Durchführung der betrieblichen Altersversorgung bei einem externen Versorgungsträger wie der VBL handelsrechtlich eine mittelbare Versorgungsverpflichtung. Die VBL hat im Auftrag der Sparkasse den nach Rechtauffassung des IDW (vgl. IDW RS HFA 30 n. F.) zu ermittelnden Barwert der auf die Sparkasse im umlagefinanzierten Abrechnungsverband entfallenden Leistungsverpflichtung zum 31. Dezember 2025 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbandes handelt, ist es ge-

mäß IDW RS HFA 30 n. F. für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB anteilig in Abzug zu bringen. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebene Betrag auf 44.395 TEUR.

Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtung wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden (Anwartschaftsbarwertverfahren), die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer gemäß Satzung der VBL unterstellten jährlichen Rentensteigung von 1 % und unter Anwendung der biometrischen Rechnungsgrundlagen VBL 2010 G ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung der auf Basis der vergangenen zehn Jahre ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz von 2,06 % verwendet, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Da es sich nicht um ein endgehaltbezogenes Versorgungssystem handelt, sind erwartete Gehaltssteigerungen nicht zu berücksichtigen. Die Daten zum Versichertenbestand der Versorgungseinrichtung per 31. Dezember 2025 liegen derzeit noch nicht vor, sodass auf den Versichertenbestand per 31. Dezember 2024 abgestellt wurde.

Der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebene Betrag bezieht sich auf die Einstandspflicht der Sparkasse gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG, bei der die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung einzustehen hat (Subsidiärhaftung), sofern die VBL die vereinbarten Leistungen nicht erbringt. Hierfür liegen gemäß der Einschätzung des verantwortlichen Aktuars im Aktuar-Gutachten 2025 für die Sparkasse keine Anhaltspunkte vor. Vielmehr bestätigt der verantwortliche Aktuar der VBL in diesem Gutachten die Angemessenheit der rechnungsmäßigen Annahmen zur Ermittlung des Finanzierungssatzes und bestätigt auf Basis des versicherungsmathematischen Äquivalenzprinzips die Sicherstellung der laufenden Finanzierbarkeit der Verpflichtung der VBL.

Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassen-Teilfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt ist, besteht aus:

1. Freiwillige Institutssicherung
   Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung
   Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu 100 TEUR. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Die Sparkasse ist nach § 48 Abs. 2 Nr. 5 EinSiG verpflichtet, gegenüber dem SVWL und dem DSGV als Träger des als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems der

Sparkassen-Finanzgruppe zu garantieren, dass die Jahres- und Sonderbeiträge sowie die Sonderzahlung geleistet werden.

Dabei hat die Sparkasse grundsätzlich Jahresbeiträge zu dem nach dem EinSiG zu unterhaltenen und erstmalig am 3. Juli 2024 mit 0,8 % der gedeckten Einlagen aufgefüllten Einheitlichen Stützungsfonds zu leisten. Die künftigen Beiträge sind dabei insbesondere abhängig vom Wachstum der gedeckten Einlagen.

Das EinSiG lässt zu, dass bis zu 30 % der Zielausstattung der Sicherungssysteme in Form von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen (Payment Commitments) aufgebracht werden können. Es handelt sich dabei um sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB. Die Payment Commitments sind vollständig durch Finanzsicherheiten unterlegt. Bis zum 3. Juli 2024 hat die Sparkasse das Zielvolumen von 5,9 Mio. EUR aufgebracht, wovon 1,8 Mio. EUR auf Payment Commitments entfallen.

Daneben hat die Sparkasse ab dem Jahr 2025 Beiträge zu dem infolge einer aufsichtlichen Prüfung des Sicherungssystems eingerichteten Zusatzfonds für Institutssicherungsmaßnahmen aufzubringen. Die Zielausstattung des Zusatzfonds beträgt 0,5 % der Gesamtrisikoposition aller dem Sicherungssystem angehörenden Mitgliedsinstitute. Für die Sparkasse beträgt das bis zum Jahr 2032 aufzubringende Zielvolumen 3,9 Mio. EUR. Bis zum 31. Dezember 2025 wurden 0,5 Mio. EUR eingezahlt.

Indirekte Haftung für die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24. November 2009 wurde mit Statut vom 11. Dezember 2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht war vereinbart, beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von 30.342 TEUR anzusparen. Zum 31. Dezember 2025 hat die Sparkasse 6,3 Mio. EUR der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB für die indirekte Verlustausgleichspflicht gebunden. Im Januar 2021 hat das Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen seine Zustimmung erteilt, dass eine über die von den nordrhein-westfälischen Sparkassen bereits angesparten Beträge hinausgehende Verlustausgleichsvorsorge unterbleiben kann. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, wird die Sparkasse in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL)

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 1,41 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Beteiligung

Die Sparkasse hat im Jahr 2021 einen Vertrag mit der Herner Gesellschaft für Wohnungsbau mbH zur Übernahme von Geschäftsanteilen geschlossen. Die Kaufpreiszahlung setzt sich aus dem am 01.01.2022 fälligen Basiskaufpreis in Höhe von 15.350 TEUR und ggf. in den Jahren 2023 bis 2025 zu zahlenden Besserungsbeträgen zusammen. Diese nachträglichen Kaufpreiszahlungen sind vom Eintritt bestimmter Bedingungen abhängig, die allein von der Wohnungsbaugesellschaft zu vertreten sind. Für das Jahr 2025 wurden diese Bedingungen erfüllt, sodass sich der Kaufpreis nachträglich um weitere 450 TEUR (Vorjahr: 450 TEUR) erhöht hat.

Für die Beteiligung an der Immobiliengesellschaft Herne mbH & Co.KG bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen für noch nicht eingeforderte, bedungene Einlagen (Pflichteinlagen) in Höhe von 2.330 TEUR.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	250
Andere Bestätigungsleistungen	27
Gesamtbetrag	277

Berichterstattung über die Bezüge der und andere Leistungen an Mitglieder des Vorstandes

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstands erhalten feste Bezüge. Diese setzen sich bei Herrn Blanquez aus dem Grundgehalt und einer allgemeinen Zulage von 15 % zusammen. Herr Plötzke erhält ausschließlich feste Bezüge in Form des Grundgehalts. Neben den festen Bezügen kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Auf die festen Gehaltsansprüche von Herrn Blanquez sowie von Herrn Plötzke wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

	Vorstandsbezüge 2025			
	Grundbetrag und allgemeine Zulage (erfolgsunabhängig) *TEUR*	Leistungszulage (erfolgsabhängig) *TEUR*	Sonstige Vergütung *TEUR*	Gesamtvergütung *TEUR*
Blanquez, Antonio *Vorsitzender*	428	30	6	464
Plötzke, Dirk *Vorstandsmitglied*	382	30	98	510
Summe	810	60	104	974

Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen sowie bei Herrn Plötzke in Höhe von 94 TEUR die Beiträge für ein zusätzliches Alterseinkommen.

Im Falle der regulären Beendigung der Tätigkeit hat Herr Blanquez Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen in Höhe von 55 % der festen Bezüge.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrags hat Herr Blanquez Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen mit seinem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihm zu vertreten ist. Der Anspruch beträgt derzeit 50 % der festen Bezüge.

Sowohl für Herrn Blanquez als auch für Herrn Plötzke besteht ein Anspruch auf Zahlung einer Abfindung nicht.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechnet.

Vorstand	Im Jahr 2025 der Pensionsrückstellung zugeführt *TEUR*	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2025 *TEUR*
Blanquez, Antonio *Vorsitzender*	199	6.911

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Hauptausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse wird ein Sitzungsgeld von 210,00 EUR je Sitzung gezahlt. Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrats für ihre Tätigkeit im Verwaltungsrat einen Pauschalbetrag von 2.200,00 EUR p. a. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats, des Risikoausschusses und des Hauptausschusses erhält je Gremium einen Pauschalbetrag von 4.400,00 EUR p. a., die stellvertretenden Vorsitzenden erhalten jeweils je Gremium einen Pauschalbetrag von 3.300,00 EUR p. a. Bei unterjährigem Wechsel erfolgt eine zeitanteilige Vergütung.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2025 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	EUR	Name	EUR
Bager, Afra	606,85	Nowak, Andreas	210,00
Berning, Thomas	210,00	Oehler, Andrea	4.300,00
Bleck, Volker	3.483,15	Przybyl, Gabriele	3.460,00
Bluhm, Matthias	606,85	Reifschneider, Andreas	210,00
Boneberger, Theres	210,00	Reinke, Thomas	3.460,00
Bußmann, Christoph	910,27	Richter, Benjamin	2.853,15
Dudda, Dr. Frank	15.720,00	Rudolph, Thorsten Carsten	2.853,15
Ellermann, Andreas	3.250,00	Schrahn, Joachim	606,85
Gera, Kai Eric	4.323,96	Schubeus, Arnd	210,00
Gronert, Iris	210,00	Schweden, Uwe	210,00
Grützmacher, Guido	210,00	Sobieski, Udo	10.949,19
Heinzel, Wolfgang Bruno	2.853,15	Szelag, Bettina	5.119,73
Hosse, Rolf Willi	396,85	Taubenheim, Dennis	4.720,00
Hübner, Dieter	210,00	Thunig, Jochen	420,00
Kahmann-Jozefiak, Daniela	210,00	Welke, Heiko	420,00
Klute, Jürgen	3.063,15	Wohlgefahrt, Björn Uwe	210,00
Lanfermann, Katharina	606,85	Zyweck, Michael	816,85
Meisolle, Bianca	3.250,00		
		Insgesamt:	**81.360,00**

Pensionsrückstellungen und -zahlungen sowie weitere Bezüge für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 602 TEUR gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betrugen am 31. Dezember 2025 10.649 TEUR.

Vorschüsse und Kreditgewährungen an den Vorstand und den Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31. Dezember 2025 Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale in Höhe von zusammen 76 TEUR und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von 1.209 TEUR gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Mitarbeiter/innen	2025	2024
Vollzeitkräfte	170	162
Teilzeit- und Ultimokräfte	106	113
	276	**275**
Auszubildende	17	15
Insgesamt	**293**	**290**

Nachtragsbericht

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses hat der Nahost-Konflikt erkennbar teilweise erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Tätigkeit vieler Märkte. Die konkreten Auswirkungen auf die Konjunktur, einzelne Märkte und Branchen sind zum Zeitpunkt der Aufstellung nicht abschließend beurteilbar. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die weiteren sich aus dem Nahost-Konflikt ergebenden Entwicklungen zu erheblichen negativen Auswirkungen auf die für das folgende Geschäftsjahr geplanten Ergebnisgrößen führen werden.

Verwaltungsrat (bis zum 01.12.2025)

Verwaltungsrat

Vorsitzender	Stv. Vorsitzende	Mitglieder	
Dr. Frank Dudda Hauptamtlicher Oberbürgermeister	1. Udo Sobieski Disponent i. R. Entsorgung Herne	Volker Bleck Wirtschaftsinformatiker i. R.	Andrea Oehler Wirtschafts- und Steuerfachangestellte i. R.
		Andreas Ellermann Sparkassenangestellter	Gabriele Przybyl Industriekauffrau
	2. Bettina Szelag Referentin, Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See	Kai Eric Gera Versicherungsfachmann	Thomas Reinke Lehrer
		Wolfgang Bruno Heinzel Selbstständiger Rechtsanwalt	Benjamin Richter Sparkassenangestellter
		Jürgen Klute Theologe, Sozialpfarrer	Thorsten Carsten Rudolph Sparkassenangestellter
		Bianca Meisolle Sparkassenangestellte	Dennis Taubenheim Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Hendrik Bollmann Lehrer	Iris Gronert Sparkassenangestellte	Andreas Reifschneider Geschäftsführer, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisation	Jochen Thunig Sparkassenangestellter
Salvatore Bulla Sparkassenangestellter	Thomas Kaminski Sparkassenangestellter	Sven Rickert Kundenbetreuer Onlinehandel	Heiko Welke Sparkassenangestellter
Veronika Buszewski Lehrerin	Michael Marcus Lewburg Rechtsanwalt	Olaf Semelka Betriebswirt, Energieversorger	
Andrea Gerdemarie Ellerbrock Hausmeisterin	Karl Peter Liedtke Fotograf	Natascha Stoye Lehrerin	

Beanstandungsbeamter gem. § 11 Abs. 3 SpkG NW

Dr. Frank Dudda Hauptamtlicher Oberbürgermeister	Vertreter im Verhinderungsfall: Dr. Frank Burbulla Stadtdirektor

Verwaltungsrat (ab dem 01.12.2025)

Verwaltungsrat

Vorsitzender	Stv. Vorsitzende	Mitglieder	
Dr. Frank Dudda Hauptamtlicher Oberbürgermeister	1. Kai Eric Gera Versicherungsfachmann	Afra Bager Sparkassenangestellte	Bianca Meisolle Sparkassenangestellte
		Matthias Bluhm Betriebsratsvorsitzender (freigestellt)	Andrea Oehler Wirtschafts- und Steuerfachangestellte i. R.
	2. Christoph Bußmann Arbeitsvermittler, Bundesagentur für Arbeit	Andreas Ellermann Sparkassenangestellter	Gabriele Przybyl Industriekauffrau
		Guido Grützmacher (bis 04.12.2025) Schlosser	Thomas Reinke Lehrer
		Rolf Willi Hosse (ab 18.12.2025) Systemanalytiker i. R.	Joachim Schrahn Mitarbeiter Kundencenter i. R.
		Katharina Lanfermann Sparkassenangestellte	Dennis Taubenheim Sparkassenangestellter
			Michael Zyweck Verwaltungsangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Thomas Berning (ab 18.12.2025) Werkschutzfachkraft	Daniela Kahmann-Jozefiak Sparkassenangestellte	Andreas Reifschneider Geschäftsführer, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisation	Bettina Szelag Referentin, Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
Theres Boneberger Lehrerin	Birgit Klemczak (bis 30.12.2025) Hausfrau	Thorsten Carsten Rudolph Sparkassenangestellter	Jochen Thunig Sparkassenangestellter
Iris Gronert Sparkassenangestellte	Jürgen Klute Theologe, Sozialpfarrer	Arnd Schubeus (bis 04.12.2025) Kaufmännischer Angestellter	Heiko Welke Sparkassenangestellter
Dieter Hübner (bis 04.12.2025) KFZ-Mechaniker	Andreas Nowak Chemiejungwerker	Uwe Schweden (ab 18.12.2025) Vorrüster	Björn Uwe Wohlgefahrt Office Manager (CDU-Kreisgeschäftsstelle)

Beanstandungsbeamter gem. § 11 Abs. 3 SpkG NW

Dr. Frank Dudda Hauptamtlicher Oberbürgermeister	Vertreter im Verhinderungsfall: Dr. Frank Burbulla Stadtdirektor

Vorstand

Vorstand	
Vorsitzender	Vorstandsmitglied
Antonio Blanquez	Dirk Plötzke

Herne, 21. April 2026

Herner Sparkasse

Der Vorstand

Blanquez

Plötzke

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2025 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Herner Sparkasse hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Herner Sparkasse besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Herner Sparkasse definiert den Umsatz als Saldo aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands (Erträge / Aufwendungen saldiert) und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 01. Januar bis 31. Dezember 2025 TEUR 65.805.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 233.

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 13.152.

Die Steuern auf den Gewinn betragen TEUR 8.393 und betreffen laufende Steuern.

Die Herner Sparkasse hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Herner Sparkasse

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Herner Sparkasse bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Herner Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften von der Sparkasse unabhängig und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchstabe f) EU-APrVO i. V. m. § 340k Abs. 3 HGB, dass alle von uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Bewertung der Forderungen an Kunden

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt aufgebaut:
a) Sachverhalt und Problemstellung
b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Forderungen an Kunden

a) Im Jahresabschluss der Sparkasse werden zum 31. Dezember 2025 Forderungen an Kunden unter dem Bilanzposten Aktiva 4 ausgewiesen, die rund 55,9 % der Bilanzsumme ausmachten. Die Bewertung der Forderungen an Kunden hat daher wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss, insbesondere auf die Ertragslage der Sparkasse. Die deutsche Wirtschaft befand sich in den vergangenen drei Jahren in einer Rezession bzw. ist nur geringfügig gewachsen. Ursächlich für die anhaltende Konjunkturschwäche sind im Wesentlichen strukturelle Probleme. Hierzu zählen vergleichsweise hohe Energiepreise, der Fachkräftemangel, ein hoher bürokratischer Aufwand sowie eine hohe Steuer- und Abgabenlast. Belastend wirken sich weiterhin die geopolitischen Risiken und Handelshemmnisse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus.

   Zudem ist neben einer Investitionszurückhaltung ein Anstieg der Insolvenzantragszahlen zu beobachten. Infolgedessen besteht auch ein erhöhtes Risiko, dass Kreditnehmer ihren Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen künftig nicht oder nicht vollumfänglich nachkommen können (Ausfallrisiko). Für Zwecke der Rechnungslegung kommt daher der Qualität der eingerichteten Kreditprozesse im Zusammenhang mit der Identifizierung und Bewertung von Ausfallrisiken eine besondere Bedeutung zu.

b) Bereits im Rahmen unserer vorgezogenen Prüfung der organisatorischen Pflichten und der Risikolage haben wir die Ordnungsmäßigkeit der Kreditprozesse, unter anderem die Früherkennungsverfahren für Kreditrisiken und die Risikovorsorgeverfahren, nachvollzogen. Die Ausgestaltung und Wirksamkeit der internen Kontrollen bei der Bewertung der Kundenforderungen beurteilen wir regelmäßig auf Grundlage von Aufbau- bzw. Funktionsprüfungen.

   Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft prüften wir anhand der Auswertungen zur Struktur des Forderungsbestands und der Unterlagen zu einzelnen Kreditengagements. Für diese Kreditfälle untersuchten wir die ordnungsgemäße handelsrechtliche Bewertung, die sachgerechte Abbildung im Frühwarnverfahren sowie die ordnungsgemäße Zuordnung in die Betreuungsstufen gemäß den Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk). Die Engagements wurden nach berufsüblichen Verfahren in einer bewussten Auswahl nach Risikomerkmalen bestimmt. Zu den herangezogenen Risikomerkmalen gehören u. a. zugewiesene Risikoklassifizierungsnoten, der Umfang nicht

durch Sicherheiten gedeckter Kreditteile (Blankokredite) oder Negativhinweise aus der Kontoführung des Kreditnehmers (Risikofrühwarnsystem). Die Kreditengagements haben wir daraufhin untersucht, ob mit hinreichender Sicherheit eine Rückführung der Forderung durch den Kreditnehmer oder durch die Verwertung vorhandener Kreditsicherheiten zu erwarten ist.

Die vom Vorstand zur Bewertung der Forderungen eingerichteten Kreditprozesse sind hinreichend dokumentiert und wurden wirksam durchgeführt.

c) Weitere Informationen zu den Beständen und der Bewertung sind im Anhang in den Angaben zu Aktiva 4 (Abschnitt C.) sowie den Erläuterungen zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Abschnitt B.) enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellungen und Erläuterungen im Lagebericht (Abschnitte 2.4.2.2 und 4.2.1.1).

Sonstige Informationen

Der Vorstand ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 2025, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks; der Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2025 wird uns vereinbarungsgemäß nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder

- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter (Vorstand) und des Aufsichtsorgans (Verwaltungsrat) für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen

falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Sparkasse zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko,

dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Sparkasse bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Sparkasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Sparkasse.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Verwaltungsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Verwaltungsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Verwaltungsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind nach § 24 Abs. 3 Satz 1 des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen i. V. m. § 340k Abs. 3 Satz 1 HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Sparkasse.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem Prüfungsbericht nach Artikel 11 EU-APrVO in Einklang stehen.

Von uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Sparkasse erbracht:

- Prüfung nach § 89 Abs. 1 des WpHG
- Prüfung der Beträge der Abzugsposten nach § 16 Abs. 2 FinDAG für die Bemessung der Umlage der Kosten für die BaFin im Aufsichtsbereich Wertpapierhandel

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Arne Wagner.

Münster, 29. April 2026

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
- Prüfungsstelle -

Wagner
Wirtschaftsprüfer

Herner Sparkasse.
Für die Menschen. Für die Region.

Geschäftsstelle	Anschrift	Telefon | Fax	Geldautomaten
1 Hauptstelle	Berliner Platz 1 | 44623 Herne Postfach 10 18 69 | 44621 Herne	02323/590-5100 | Fax: -5187 E-Mail: info@herner-sparkasse.de	■
Vermögensmanagement-Center Herne	Berliner Platz 1 | 44623 Herne	02323/590-4500 | Fax: -4587 E-Mail: vmc-herne@herner-sparkasse.de	
FirmenkundenCenter	Berliner Platz 1 | 44623 Herne	02323/590-1500 | Fax: -2187 E-Mail: firmenkunden@herner-sparkasse.de	
2 Niederlassung Wanne	Hauptstraße 224 | 44649 Herne	02323/590-5200 | Fax: -5287	■
3 Sodingen	Mont-Cenis-Straße 267a | 44627 Herne	02323/590-5300 | Fax: -5387	■
Private Banking	Mont-Cenis-Straße 267a | 44627 Herne	02323/590-4400 | Fax: -4487 E-Mail: private-banking@herner-sparkasse.de	
4 Horsthausen	Horsthauser Straße 205 | 44628 Herne	02323/590-5400 | Fax: -5487	■
5 City	Bahnhofstraße 56 | 44623 Herne	02323/590-6100 | Fax: -6187	■
ImmobilienCenter	Heinrichstraße 1 | 44623 Herne	02323/590-1400 | Fax: -1487 E-Mail: immobilien@herner-sparkasse.de	
6 Eickel	Eickeler Markt 3a/b | 44651 Herne	02323/590-6300 | Fax: -6387	■
Vermögensmanagement-Center Wanne-Eickel	Eickeler Markt 3a/b | 44651 Herne	02323/590-4700 | Fax: -6387 E-Mail: vmc-wanne-eickel@herner-sparkasse.de	
7 Röhlinghausen	Edmund-Weber-Straße 201 | 44651 Herne	02323/590-6400 | Fax: -6487	■
Selbstbedienungs-Geschäftsstellen			
8 Bahnhof	Bahnhofsplatz 12 | 44629 Herne		■
9 Wanne-Nord	Hauptstraße 345 | 44649 Herne		■

Stand: Mai 2026

Herner Sparkasse.
Für die Menschen. Für die Region.

Impressum

Herausgeber
Herner Sparkasse, Berliner Platz 1, 44623 Herne

Redaktion
Jörg Velling (Herner Sparkasse)

Gestaltung
mandt & mandt – büro für werbung und design

Herner Sparkasse

Berliner Platz 1
44623 Herne

Telefon: 0 23 23 - 590 - 0
E-Mail: info@herner-sparkasse.de

www.herner-sparkasse.de